

# SCHLUSS- DOKUMENTATION DELEGIERTEN- VERSAMMLUNG 30. NOVEMBER 2019

Bern

Eventforum, Fabrikstrasse 12

Beginn: 10.15 Uhr



# DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG 30.11.2019

- 10.15**
- 1. Eröffnungsgeschäfte und Grussworte**
    - Mirjam Veglio und Ueli Egger, Co-Präsidium SP Kanton Bern
    - Evi Allemann, Regierungsrätin Kanton Bern
    - Michael Aebersold, Gemeinderat der Stadt Bern
  - 2. Mitteilungen**
  - 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR**
  - 4. Rückblick auf die Wahlen 2019**
    - Podiumsdiskussion mit Lisa Catena, Silja Häusermann, Stefan Keller, Pascal Sciarini und Nadine Masshardt (Moderation)
    - Allgemeine Diskussion
    - Vorstellung der Neugewählten
  - 5. Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin**
  - 6. Initiativprojekte zu «Elternzeit» und «Lohngleichheit»**
    - R-1 der Geschäftsleitung: Den Schwung des Frauenstreiks aufnehmen! Es braucht endlich Vereinbarkeit – und endlich Lohngleichheit.
  - 7. Statutarische Geschäfte**
    - Genehmigung Jahresrechnung 2018
    - Budget 2020
    - Nachtragskredit für Abstimmungskampagnen 2020
    - Wahl der Revisionsstelle
  - 8. Referenden**
    - Nein zum Steuerbonus für reiche Eltern
    - Änderung des Zivildienstgesetzes
    - Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
    - Referendum gegen das «Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste» (E-ID-Gesetz)
    - Jagdgesetz – Unterstützung des von den Naturschutzorganisationen ergriffenen Referendums
  - 9. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung am 9. Februar 2020**
    - Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)
    - Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

**10. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte**

- A-1 Ronja Jansen und andere: E-Voting Moratorium
- R-2a Kristina Schüpbach und andere: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt!
- R-2b Gegenresolution der Geschäftsleitung: Keine Handelsabkommen ohne wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt
- R-3 Martine Docourt und andere:  
Klimapolitik: Die SP muss Garantin für soziale Gerechtigkeit sein!
- R-4 Nicola Siegrist und andere: Auf zum Strike for Future!
- R-5 Clément Borgeaud und andere: Gegen das antidemokratische Wirtschaftsforum Davos
- Neuwahl Präsidium Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Gründung Fachkommission «Netz- und Datenpolitik»
- Neuwahl Präsidium Finanzkommission

**16.45 11. Schluss / Apéro**

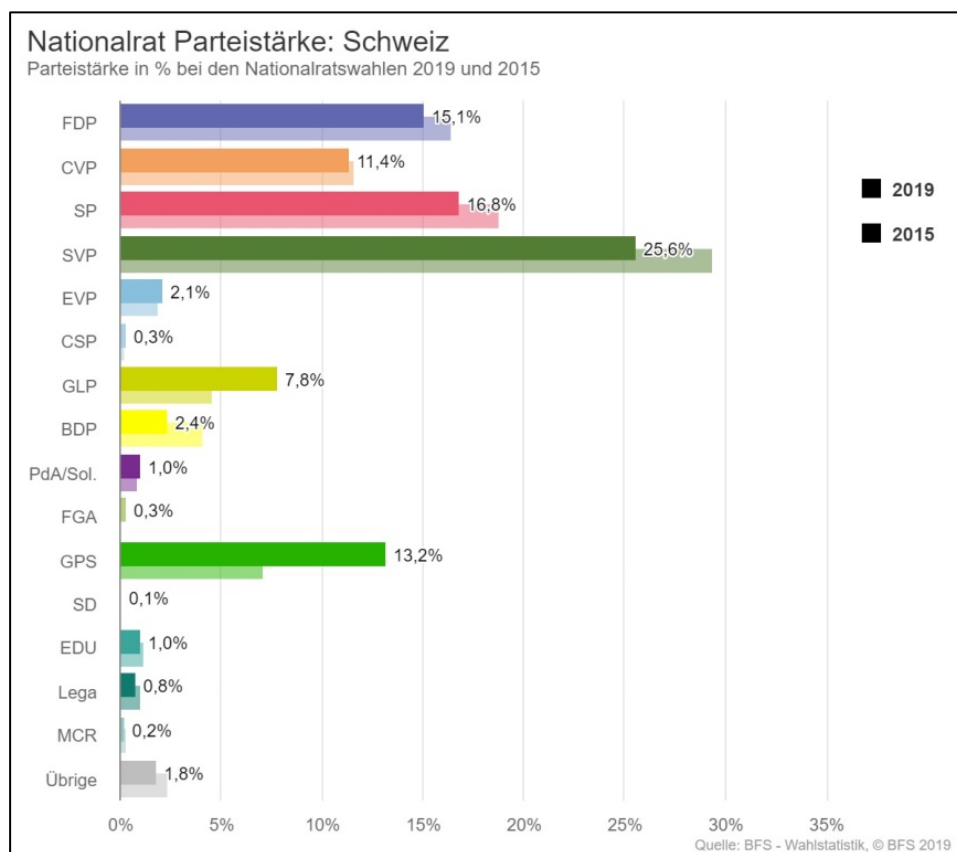
# TRAKTANDUM 4

## RÜCKBLICK AUF DIE WAHLEN 2019

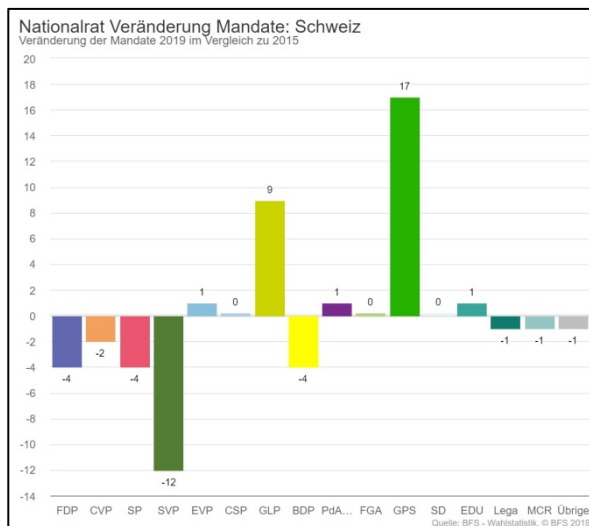
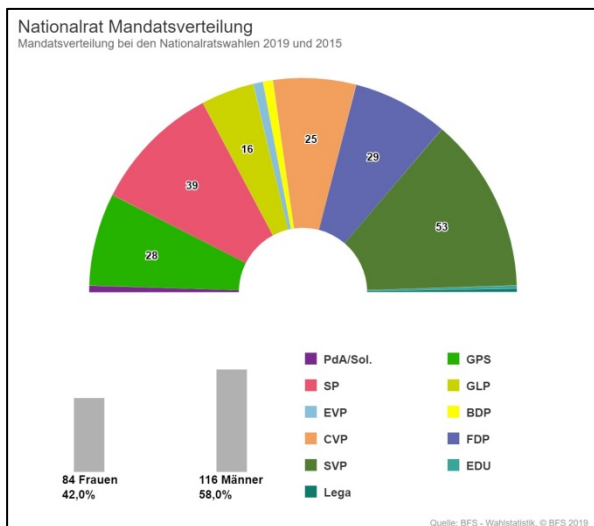
### ACHT FESTSTELLUNGEN ZUM WAHLERGEBNIS

Die Wahlen vom 20. Oktober 2019 brachten für Schweizer Verhältnisse geradezu erdrutschartige Verschiebungen. Die Grünen – und in etwas geringerem Masse die Grünliberalen – legten zusammen um 26 Sitze zu (17 für die Grünen, 9 für die Grünliberalen). Die SP verlor 2 Prozentpunkte und 4 Sitze.

Seither wurde und wird über das Wahlergebnis viel spekuliert und analysiert. Die Geschäftsleitung der SP Schweiz legt als Diskussionsgrundlage acht Feststellungen<sup>1</sup> vor, die das Ergebnis – insbesondere das Ergebnis der SP – erklären sollen. Im Fokus steht das Ergebnis der Nationalratswahlen, da eine Listenwahl genauere Rückschlüsse auf die Parteien zulässt als die stark personalisierte Majorzwahlen in den Ständerat.

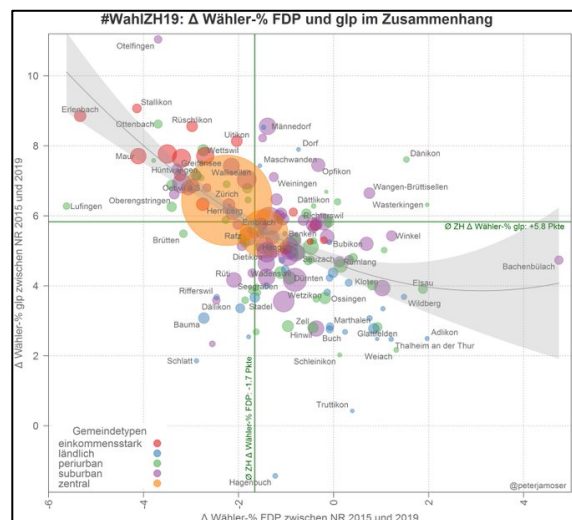
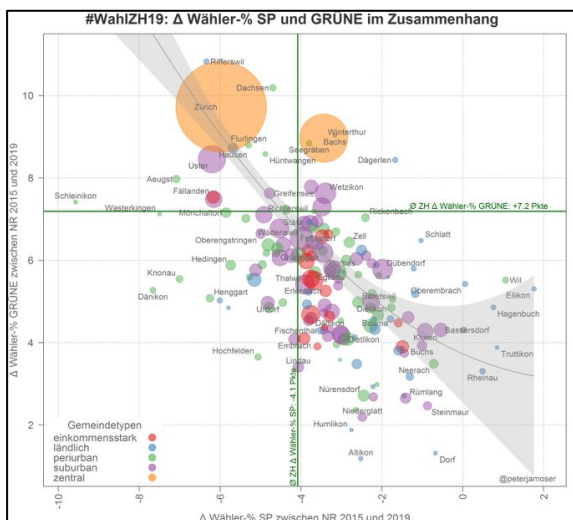


<sup>1</sup> Das vorliegende Thesenpapier soll eine Grundlage für die Diskussion an der Delegiertenversammlung vom 30. November sein. Es ist kein offizielles Positionspapier der Partei, das formell diskutiert und verabschiedet wird. Deshalb sind auch keine Anträge möglich.



**Feststellung 1: Die linke Wählerschaft wollte ein möglichst starkes Zeichen für das Klima setzen. Das ist ihr gelungen.**

Die Wahl 2019 war tatsächlich eine „Klimawahl“. Alle Zahlen und bisher verfügbaren Studien zeigen, dass die SP primär an die Grünen verloren hat und nur zu einem geringen Teil an die GLP. Das gilt selbst im Kanton Zürich, wie erste Auswertungen des Statistischen Amtes zeigen: Die Grünen legen auf Kosten der SP zu, die GLP auf Kosten der FDP.



Die SP hat auch Stimmen an die GLP verloren. Aber der Hauptteil der Verluste ging an die Grünen. Dafür spricht auch, dass die SP in Neuenburg und Genf die grössten Verluste einstecken musste, wo die GLP gar nicht antrat respektive als politische Erbin der früheren „Libéraux“ ganz klar rechtsbürgerlich positioniert ist.

Die Verluste an die Grünen haben gemäss den Nachwahlbefragungen von SRG und Tamedia zwei Ursachen:

- Zum einen die klassischen Wechselwählenden, die diesmal eine grüne Liste eingelegt haben. Wir alle haben im Wahlkampf solche Gespräche erlebt: „Ich wähle sonst immer SP, aber diesmal wähle ich die Grünen, weil ich ein Zeichen für die Klimapolitik setzen will“.
- Zum anderen – und das ist der Grund für den Absturz im Vergleich zu den kantonalen Wahlen und zu den Umfragen – spielte die Mobilisierung auf der Linken diesmal vor allem den Grünen in die Hände. Oder, umgekehrt gesagt: Der SP ist es nicht gelungen, in signifikantem Ausmass Neuwählende hinzuzugewinnen. Die SRG-Umfrage zeigt es deutlich: Bei den Erst- und Neuwählenden ging der Anteil der SP von rund 20 auf 12 Prozent zurück. Die Grünen hingegen verdoppelten ihren Anteil bei dieser Wählergruppe auf rund 20 Prozent.

Ein wichtiger Faktor ist der Rückgang der Wahlbeteiligung. Entgegen dem allgemeinen Empfinden hat die Wahlbeteiligung 2015 mit 45,1% (minus 3,4 Prozentpunkte in Bezug auf 2015) den drittiefsten Wert der Geschichte erreicht. Erste Auswertungen aus den Kantonen (v.a. GE und NE) zeigen, dass es am 20. Oktober 2019 auch keine massive Mobilisierung der Jungen gegeben hat. Vielmehr wurde bei den Jungen eine etwas weniger starke Demobilisierung im Vergleich zu den älteren Stimmberechtigten festgestellt. Der entsprechende Unterschied ist dabei vor allem auf eine starke und (in den Augen von Politologinnen und Politologen) präzedenzlose Mobilisierung der jungen Frauen zu erklären. Diese hatte wohl auch auf die Geschlechterwahl (siehe Punkt 5) einen Einfluss.

Ebenfalls abgefragt wurden bei den Nachwahlbefragungen die Motive der Wechselwählenden. Im Gegensatz zu FDP und SVP wurde bei der SP „Enttäuschung über die Partei“ selten als Grund genannt. „Dies deutet darauf hin, dass die Verluste der SP weniger mit einer generellen Krise der Partei zu tun haben als Ausdruck einer veränderten Prioritätensetzung eines Teils der linken Wählerschaft sind“, heisst es dazu wörtlich in der Studie.

Die SP muss sich die Frage stellen, warum die Neu- und Wechselwählenden ihre Klima-Stimme den Grünen gaben. Zumal die SP seit Jahren - das wird auch von vielen Medien anerkannt - kompetente Umweltpolitik macht. Zudem hat sie im Juli den Marshallplan für das Klima vorgestellt und im Wahlkampf das Thema intensiv bearbeitet.

*Fazit: Die Stammwählerschaft hat auch 2019 SP gewählt. Entscheidend für das Wahlergebnis waren aber jene linken Wählenden, die nicht fix an eine Partei gebunden sind. Sie haben grossmehrheitlich Grüne gewählt, weil der Klimawandel für die linke Wählerschaft das dringendste Problem war. Die Wahl der Grünen war für die Wechsel- und Neuwählenden das stärkstmögliche Zeichen für mehr Klimaschutz.*

**Feststellung 2: SP und Grüne wurden inhaltlich in weiten Teilen als deckungsgleich und damit austauschbar angesehen.**

Wir haben im Wahlkampf immer wiederholt, dass die SP in weiten Teilen die gleiche Klimapolitik verfolgt wie die Grünen. Das trifft zu, ist in der Wirkung auf die Wählerschaft aber zwiespältig. Wir haben so die Botschaft ausgesendet, dass es politisch keinen Unterschied macht, ob man Grüne oder SP wählt. Man erhält die gleiche Politik dafür, nur das Signal ist unterschiedlich.

Verstärkt wurde dieser Effekt durch die in den klassischen und sozialen Medien inflationär verbreiteten Ratings und Smartvote-Auswertungen, die jeweils kaum Unterschiede zwischen SP und Grünen zeigten. Auch die flächendeckenden Listenverbindungen – so richtig und wichtig sie sind – haben bei der Wählerschaft nicht zur Differenzierung zwischen SP und Grünen beigetragen.

Schliesslich müssen wir auch unser „Linksrutsch“-Narrativ kritisch hinterfragen. Unser Narrativ „Wir müssen die rechte Mehrheit brechen“ hat sich in der Öffentlichkeit rasch etabliert und der Linken sicher geholfen. Für uns als SP funktioniert es aber nur, wenn wir von der Wählerschaft auch damit identifiziert werden. Wenn wir also als die Kraft begriffen werden, die man wählen muss, wenn man „die rechte Mehrheit“ brechen will. Dies war offensichtlich nicht der Fall. Im Gegenteil: Wenn unser Narrativ als „Hauptsache links, egal welche Partei“ verstanden wurde, könnte es die Wechselwahl sogar befeuert haben.

*Fazit: Wenn wir als politisch austauschbar mit anderen Parteien angeschaut werden, verlieren wir Wählerstimmen. Das gilt auch und gerade in der Klimapolitik. Die Herausforderung wird also sein: Wie können wir unserer Klimapolitik ein klares Profil geben und sie mit unseren Kompetenzen im sozialen und wirtschaftlichen Bereichen verbinden?*

**Feststellung 3: Der Gegenpol zur SVP waren in diesen Wahlen die Grünen, nicht die SP.**

Die SVP ist die Verliererin dieser Wahlen. Sie hat fast 4 Prozentpunkte verloren und 12 Sitze, mehr Sitze als jemals eine Partei seit Einführung der Proporzahlen. Trotzdem bleibt die SVP die mit Abstand stärkste Partei. Und der Widerstand gegen die Politik der SVP und ihre abstossende Propaganda (Stichwort „Wurmplakat“) ist für viele Wählerinnen und Wähler identitätsstiftend. Und zwar gleichermassen für Wählerinnen und Wähler der SVP wie für jene anderer Parteien.

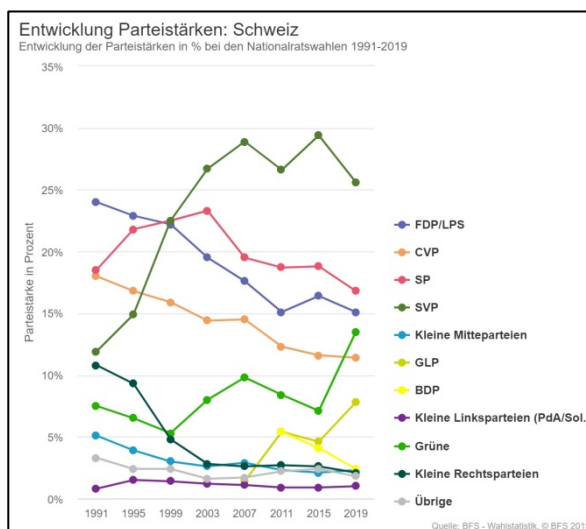
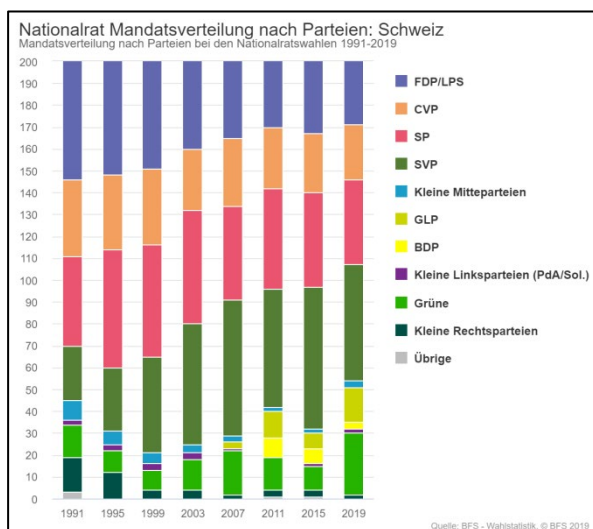
Die SP hat sich stets als Gegengewicht zur SVP verstanden. Das hat sich auch elektoral ausbezahlt. Vereinfacht ausgedrückt: Wer ein Zeichen gegen die SVP setzen wollte, hat SP gewählt. Nun hat sich in den letzten Jahren der Widerstand gegen die SVP diversifiziert. Mit sehr erfreulichen Folgen, denn die SVP hatte mit ihren jüngsten Initiativen keine Chance. Das hatte aber auch zur Folge, dass nicht mehr (allein) die SP als Widerpart zur SVP wahrgenommen wurde.

Im Wahlkampf hat sich diese Entwicklung parteipolitisch akzentuiert, indem die SVP die Grünen zu ihrem Hauptgegner gemacht haben. Die SVP hat zu dieser neuen Polarisierung gegenüber den Grünen beigetragen, indem sie sich als einzige Partei gegen die angebliche Klima-Hysterie etabliert und sich gegen klimapolitische Massnahmen ausgesprochen hat. Balthasar Glättli wurde von Roger Köppel als „Hauptfeind“ auserkoren, mit dem „Klimateufel“ und dem verfaulten Apfel zielte die SVP eindeutig auf die Grünen. Sie suchte den Konflikt mit den anderen Parteien nicht in der Europa- oder Ausländerpolitik, sondern in der Klimapolitik.

*Fazit: Nicht nur diejenigen, die ein Signal für Klimapolitik setzen wollten, wählten die Grünen. Die Grünen waren in dieser Wahl auch der Gegenpol für all jene, die Anti-SVP wählen, weil sie sich von der Politik oder der Propaganda der SVP abgestossen fühlen.*

#### **Feststellung 4: Die „traditionellen Parteien“ haben schlecht abgeschnitten, weil es einen starken Wunsch nach neuen, unverbrauchten Kräften gab.**

Im medialen Getöse geht gerne vergessen, dass nicht nur die SP verloren hat. Auch CVP und FDP haben das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Und die SVP musste das schlechteste Ergebnis seit 1999 hinnehmen. Zusammen haben die „traditionellen“ (Bundesrats-)Parteien SP, FDP, CVP und SVP 25 Sitze verloren und sind – was Wähleranteile wie Sitze betrifft – so schwach wie noch nie.



Diese Entwicklung ist einerseits durch die Klimafrage erklärbar. Wer findet, dass die Politik das Klimathema vernachlässigt hat und dass es eine neue Klimapolitik braucht, wird eher Parteien wählen, die nicht zum „Establishment“ zählen als jene Parteien, die in dieser Wahrnehmung seit Jahrzehnten zu wenig gemacht haben. Andererseits ist die Erosion der traditionellen Volksparteien ein Phänomen, das europaweit, wenn nicht weltweit zu beobachten ist.



Die SP kennt dieses Dilemma seit Jahrzehnten: Wir haben den Anspruch, die Politik in der Schweiz aktiv mitzugestalten und (Regierungs-)verantwortung zu übernehmen. Das bedingt, dass die SP auch kompromissbereit sein muss und nicht auf Maximalforderungen beharrt. Das kann – muss aber nicht – das politische Profil einer Partei schwächen.

*Fazit: Auch wenn die Schweiz seit jeher bürgerlich dominiert ist, wird die SP offenbar als „Systempartei“ wahrgenommen. Für viele Wählende, die – gerade in der Klimapolitik – mit der herrschenden Politik nicht zufrieden waren, war die SP darum nicht Teil der Lösung.*

### **Feststellung 5: Die SP konnte nicht vom Frauenstreik profitieren, weil es den Bürgerlichen gelang, die Gleichstellung auf die Frage der Repräsentanz zu reduzieren.**

Eine halbe Million Frauen haben am 14. Juni 2019 für Lohngleichheit, für mehr Kita-Plätze, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für ein Ende der Gewalt an Frauen, für die Anerkennung der Care-Arbeit und für mehr Frauen in Politik und Wirtschaft demonstriert. Die Forderungen dieser grössten Demonstration der Schweizer Geschichte waren vielfältig und progressiv. In den Wahlkampf geschafft hat es aber nur eine Forderung: Jene nach mehr Frauen in der Politik.

Die Bürgerlichen haben es unter tatkräftiger Mithilfe der Medien geschafft, die Gleichstellung auf die Frage der Repräsentanz zu reduzieren. Mit Erfolg, denn der Frauenanteil im Nationalrat stieg markant an und liegt erstmals über 40 Prozent. Dies vor allem deshalb, weil auf bürgerlicher Seite deutlich mehr Frauen aufgestellt und gewählt wurden als früher.

Die SP konnte davon nicht profitieren, obwohl – oder weil – sie eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Parlament und in den Regierungsämtern seit Jahrzehnten vorlebt. Auch auf SP-Listen wurden Frauen sehr gut gewählt, aber wohl eher durch internes Kumulieren und weniger durch Panaschierstimmen von fremden Listen. Die Repräsentanz-Diskussion hatte nämlich zur (positiven) Folge, dass die bürgerlichen Parteien erstmals Frauen gefördert und aufgestellt haben. Die SP, die wie die Grünen seit Jahrzehnten paritätische Wahl Listen hat, verlor damit eines ihrer Alleinstellungsmerkmale. Tendenziell bürgerlich orientierte Wählerinnen fanden diesmal genügend Frauen in „ihren“ Parteien zur Auswahl vor. Es war also nicht mehr zwingend nötig, SP zu wählen oder SP-Frauen zu panaschieren, um die Repräsentanz der Frauen zu stärken. Dies war auch mit einer Stimme für die Bürgerlichen möglich.

*Fazit: Der von bürgerlichen Frauen kreierte Slogan „Frauenwahl“ hat die gleichstellungspolitischen Inhalte geschickt in den Hintergrund gerückt. „Hauptsache Frauen wählen, egal von welcher Partei“, lautete die Botschaft. Die übrigen Forderungen des Frauenstreiks haben hingegen im Wahlkampf kaum noch eine Rolle gespielt.*

**Feststellung 6: Mit Klima, Gleichstellung und Krankenkassen-Prämien hat die SP auf die richtigen Themen gesetzt. Die SP wurde aber mit keinem dieser Themen identifiziert.**

Die Umfragen vor und nach den Wahlen haben gezeigt, dass Klimawandel und Krankenkassen-Prämien die wichtigsten Themen sind. Auf linker Seite dicht gefolgt von der Gleichstellung. Mit der Auswahl der Wahlkampf-Themen lag die SP also richtig. Das Problem war, dass keines der Themen exklusiv der SP zugeschrieben wurde: Klimapolitik wird ganz klar mit Grünen und GLP identifiziert, bei den Krankenkassen-Prämien mussten wir uns die Leaderrolle mit anderen Parteien teilen, und Gleichstellung wurde quasi zur überparteilichen Frage gemacht (siehe Punkt 5). Und unser viertes Wahlkampfthema „Arbeit und Ausbildung für alle“ kam trotz aller Bemühungen nie zum Fliegen.

Mit ein Grund war unsere schwache Präsenz in den klassischen Medien. Medial fand kaum eine thematische Auseinandersetzung statt. Selbst die Klimafrage wurde mehr als ausserparlamentarische Bewegung und nicht als Wettstreit der Parteien abgehandelt. Neben dem Apfelplakat der SVP und der „Negativkampagne“ der CVP fand die Berichterstattung vor allem rund um die Wahlumfragen statt. Bei diesen ging die SP regelmässig vergessen, weil wir bei den Umfragen weder zu den Siegern noch zu den Verlierern zählten. Wir waren in den Umfragen stabil und darum für die Medien nicht interessant.

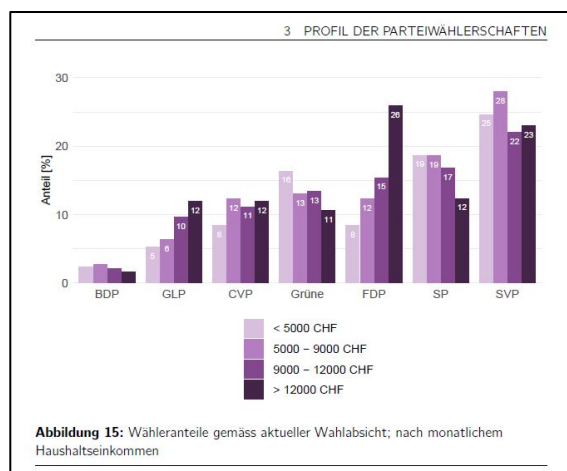
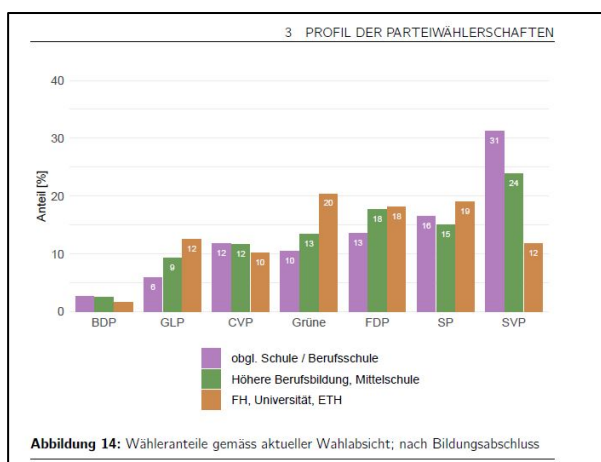
Eine weitere – nicht neue – Erkenntnis aus diesem Wahlkampf ist, dass es für Parteien unmöglich ist, eigene Themen zu setzen. Selbst der SVP ist es mit ihrer finanziellen Kraft und ihren Provokationen nicht gelungen, Migration zum Thema zu machen. Zum dritten Mal in Folge hat ein globales Megathema die Wahlen massiv geprägt: 2011 Fukushima, 2015 die Flüchtlingskrise und 2019 die Klimakrise.

*Fazit: Es muss uns – unabhängig von den Wahlen – zu denken geben, wenn die SP mit keinem Thema assoziiert wird und in den Medien nicht vorkommt. Mit Blick auf den Medienwandel stellt sich die Frage: Wie müssen wir unsere Kommunikation inhaltlich wie handwerklich verändern, damit wir spätestens 2023 unabhängig von den traditionellen Medien die Wählenden erreichen können?*

**Feststellung 7: Die SP ist wieder mehr „Arbeiterpartei“, verliert dafür Wähleranteile bei den neuen Mittelschichten**

Eine frappante Erkenntnis aus der SRG-Nachwahlbefragung ist, dass die SP bei ihrer „klassischen“ Wählerschaft nicht verloren hat. Die SP ist stark bei Menschen mit tiefen Einkommen und auch betreffend Bildungsabschlüsse ist die SP bei allen Gruppen ähnlich vertreten. Dazu das Zitat aus der SRG-Studie: « Von «Cüpli-Sozialisten» war früher oft die Rede, wenn es darum ging, der SP vorzuwerfen, dass sie heute nicht mehr wie einst im Arbeitermilieu verankert sei. Die Wahlen 2019 haben auch dazu beigetragen, dass sich die SP von diesem

Bild entfernt. Sie wird heute von Personen mit maximal einer Berufsbildung fast ebenso häufig gewählt wie von Personen mit Hochschulabschluss.»



Die Kehrseite der Medaille ist, dass die SP bei den Wahlen 2019 offensichtlich viele Wählende mit Hochschulabschluss verloren hat, vor allem an die Grünen. Die nahe liegende Erklärung ist auch hier die Klimafrage: Wählende, die mehr aus Solidarität und Überzeugung und weniger aus materieller Not und persönlicher Betroffenheit links wählen, haben diesmal die Klimafrage höher gewichtet als die soziale Frage.

*Fazit: Die SP ist in ihrem klassischen Wählersegment nach wie vor stark verankert. Wir müssen uns jedoch Gedanken machen, wie wir die gut ausgebildeten Mittelschichten (wieder) stärker für die SP gewinnen können.*

### Feststellung 8: Ob die SP (zu) links oder (zu) rechts ist, war nicht die Frage

Hat die SP Stimmen verloren, weil sie sich zu wenig links positionierte? Oder im Gegenteil, weil sie sich als zu pointiert links positionierte? Die Ergebnisse lassen zu dieser Frage keine Schlüsse zu.

Die Positionierung von Grünen und SP auf der Links-Rechts-Achse ist sowohl bei Kandidierenden als auch bei Gewählten praktisch identisch. Selbst bei Ständeratswahlen scheint die Positionierung auf dem Links/Rechts-Schema nicht die wesentliche Frage gewesen zu sein, denn sowohl Kandidaten, die sich eher im rechten Spektrum der Partei positionieren (z.B. Daniel Jositsch) als auch solche, die als sehr links eingestuft werden (z.B. Paul Rechsteiner) konnten sehr gute Resultate erzielen. Auch das unterschiedliche Abschneiden der verschiedenen Kantonalsektionen lässt sich nicht mit der Positionierung auf der Links/Rechts-Achse erklären.

Die Nähe der SP zu den Gewerkschaften taugt als Erklärung der SP-Wahlverluste ebenfalls nicht. Zwar wurden Gewerkschaftsexponenten der SP abgewählt. Auf der anderen Seite haben prominente GewerkschafterInnen sehr gute Ergebnisse erzielt und unter den Neugewählten sind mehrere GewerkschaftsvertreterInnen zu finden.

Gleiches gilt für die Europafrage. Die Positionierung der SP zum Rahmenabkommen («Ja zu Europa, Ja zum Lohnschutz») war und ist Gegenstand (medialer) Kontroversen. Weder die Wahlergebnisse, noch die Nachwahlbefragungen geben aber Hinweise darauf, dass die Europapolitik einen signifikanten negativen Einfluss auf das Wahlergebnis der SP gehabt haben soll. Das gilt auch auf persönlicher Ebene: Martin Naef, der Präsident der NEBS, wurde leider ebenso abgewählt wie Corrado Pardini, der von den Medien zum „Euroskeptiker“ gemacht worden war. Darum gibt es keinerlei Anlass zur Vermutung, dass ein Preisgeben des Lohnschutzes der SP geholfen hätte. Ganz im Gegenteil: Die Positionierung für den Lohnschutz hat zum Beispiel den Ausschlag gegeben, dass Marina Carobbio als erste Tessiner Sozialdemokratin den Einzug in den Ständerat geschafft hat.

*Fazit: Es gibt keine Hinweise, darauf, dass die SP Wählende (zurück-)gewinnen kann, wenn sie ihre grundsätzliche Ausrichtung auf dem Links-Rechts-Schema ändert.*

### **Weiteres Vorgehen**

Nach dieser Auslegeordnung zur Frage „Wie ist das Wahlergebnis zu erklären?“ folgt nach der Delegiertenversammlung die Frage „Was müssen und können wir ändern?“.

Operative Ebene: Die Wahlkampfleitung wird einen detaillierten Bericht zum handwerklichen und operativen Wahlkampf zuhanden von Präsidium und Geschäftsleitung verfassen.

Politische Ebene: Einerseits wird die Bundeshausfraktion an ihrer Klausur im Januar 2020 ihre Strategie für die neue Legislatur diskutieren. Dabei wird die Frage im Zentrum stehen, wie die SP die neuen Mehrheiten dazu nutzen kann, progressiven Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Andererseits wird die künftige inhaltliche und programmatische Ausrichtung der SP natürlich Diskussionsgegenstand am Parteitag der SP Schweiz vom 4. und 5. April 2020 sein.

## TRAKTANDUM 6

### INITIATIVPROJEKTE ZU «ELTERNZEIT» UND «LOHNGLEICHHEIT» - R-1 DER GESCHÄFTSLEITUNG: DEN SCHWUNG DES FRAUENSTREIKS AUFNEHMEN! ES BRAUCHT ENDLICH VEREINBARKEIT – UND ENDLICH LOHNGLEICHHEIT.

Am 14. Juni 2019 demonstrierten eine halbe Million Frauen und solidarische Männer für mehr Gleichberechtigung. Der Frauenstreik war ein eindrückliches Erlebnis! Umso mehr gilt es, den Schwung dieses historischen Ereignisses in die politische Debatte mitzunehmen. Die SP Schweiz führte deshalb in Zusammenarbeit mit den SP Frauen\* im Sommer ein Online-Voting durch. Alle Interessierten konnten online darüber abstimmen, welche der zentralen Forderungen des Frauenstreiks die SP prioritär weiterverfolgen soll. **Eine grosse Mehrheit stimmte für die Themen «Elternzeit» und «Lohngleichheit».** Nach Vorliegen des Resultats nahm die SP Schweiz umgehend Kontakt mit möglichen Bündnispartner\_innen auf, um die beiden Forderungen zu konkretisieren.

Auf nationaler Ebene ist die SP Teil einer Allianz, die eine Volksinitiative zum Thema «Elternzeit» plant. Anfang November fand eine Sitzung mit verschiedenen Organisationen, Fachkommissionen, Parteien und Gewerkschaften statt. Es liegen nun verschiedene Modelle auf dem Tisch. **Wichtig für die SP ist, dass der Initiativvorschlag Mutterschaftsurlaub, Vaterschaftsurlaub sowie Elternzeit berücksichtigt, und dass Frauen und Männer durch die geplante Regelung auf dem Arbeitsmarkt möglichst gleichgestellt werden. Dabei fordern wir einen substanziellen Ausbau für beide Elternteile.** Denn die Elternzeit ist ein konkreter Beitrag zur einfacheren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Initiative soll die Situation sowohl für Frauen wie auch für Männer verbessern.

Die verschiedenen Vorschläge werden zurzeit diskutiert und überarbeitet. Ein nächstes Treffen des Bündnisses findet im Januar 2020 statt. Bei der Konkretisierung der Volksinitiative muss auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass gegen die vom Parlament beschlossenen zwei Wochen Vaterschaftsurlaub das Referendum ergriffen wurde. Je nachdem, ob das Referendum zustande kommt und wann die Abstimmung stattfindet, verändert sich die Ausgangslage für die geplante Elternzeit-Initiative. Die Geschäftsleitung geht zurzeit davon aus, dass dem Parteitag vom 4./5. April 2020 in Basel ein Vorschlag für einen Initiativtext vorgelegt werden kann.

Das Thema «Lohngleichheit» ist ein Kernanliegen der Gewerkschaften; deshalb nahm die SP Schweiz in dieser Sache umgehend Kontakt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund auf. Auch für die Gewerkschaften sind Lohngleichheit und Vereinbarkeit nicht voneinander zu trennen. **Eine bessere Vereinbarkeit verbessert die Einkommens- wie auch die Erwerbssituation von Frauen.** Eine traditionelle Rollenverteilung, die Frauen die

Hauptverantwortung für die Betreuung zuweist, geht in der Regel zulasten der Erwerbsarbeit der Frauen. Echte Chancengleichheit ist nur möglich, wenn hergebrachte Rollenbilder durchbrochen werden. **Jede Kindertagesstätte, die die Vereinbarkeit erleichtert, ist somit ein Beitrag zu mehr Lohnungleichheit.** Verbesserte Betreuungsmöglichkeiten reduzieren den «erklärbaren» Teil der Lohndiskriminierung an Frauen, der heute in Erwerbsunterbrüchen, tiefen Teilzeitpensen und geringerer Verfügbarkeit begründet liegt.

Die Delegiertenversammlung des SGB vom 15. November 2019 beschloss, mit einem landesweiten Projekt die Gleichstellung in der Schweiz vorwärtszubringen. Betreuungsarbeit und verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Aspekte dieses Projekts. Eine SGB-interne Arbeitsgruppe erhielt von der Delegiertenversammlung den Auftrag, das Grossprojekt weiterzuverfolgen und im Detail auszuarbeiten. Auch hier geht die Geschäftsleitung davon aus, dass im Laufe des Jahres 2020 konkrete Vorschläge vorliegen, die die SP Schweiz wiederum ihren Delegierten unterbreiten kann.

Die Geschäftsleitung beantragt der Delegiertenversammlung, dass die laufenden Gespräche im Bündnis «Elternzeit» sowie mit den Gewerkschaften zum Thema «Lohnungleichheit» weitergeführt werden und dem Parteitag am 4./5. April 2020 darüber Bericht erstattet wird.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

# TRAKTANDUM 7

## STATUTARISCHE GESCHÄFTE GENEHMIGUNG JAHRESRECHNUNG 2018

### Bilanz 2018

<b>Aktiven</b>	<b>31.12.2018</b>	<b>31.12.2017</b>
Kasse	2'477	3'790
PostFinance	2'681'706	2'221'579
Bank	484'680	319'332
Bank (SAF) SP Frauen	1'051	1'708
Debitoren Kantonalparteien	425	676
Mietzinsdepot	45'036	45'013
Übrige kurzfristige Forderungen	564'634	629'562
./. Delkredere	-3'200	-3'200
Transitorische Aktiven	110'306	63'058
Vorräte	27'000	34'000
Wertschriften	4'870	4'410
Anlagen (Mobile und immaterielle Anlagen)	297'000	175'200
<b>Total Aktiven</b>	<b>4'215'984</b>	<b>3'495'126</b>
<b>Passiven</b>		
Kreditoren	415'064	222'497
Verrechnungen Kantonalparteien	79'305	22'918
Transitorische Passiven	758'597	739'969
SAF-Fonds	1'051	1'708
Rückstellungen Wahlen	350'000	350'000
Rückstellungen Grossspender	513'022	444'489
Rückstellungen Kampagnen	425'000	215'000
Rückstellungen Fundraisingprojekte	359'697	361'037
Rückstellungen Legate	146'586	127'886
Rückstellungen Allgemein	581'000	427'000
Eigenkapital	586'662	582'623
<b>Total Passiven</b>	<b>4'215'984</b>	<b>3'495'126</b>
<b>Gewinnverwendung</b>		
Eigenkapital am 1.1.	582'623	580'856
Ergebnis	4'039	1'767
<b>Eigenkapital am 31.12.</b>	<b>586'662</b>	<b>582'623</b>

## Erfolgsrechnung 2018

	Rechnung 2016	Rechnung 2017	Budget 2018	Rechnung 2018
<b>Total Ertrag</b>	<b>4'658'082</b>	<b>5'646'035</b>	<b>4'926'310</b>	<b>5'375'848</b>
<b>Beiträge</b>	<b>1'878'706</b>	<b>1'924'286</b>	<b>2'287'600</b>	<b>2'239'628</b> <sup>1)</sup>
Mitgliederbeiträge	1'615'877	1'643'255	1'997'600	1'947'492
Solidaritätsbeiträge	262'830	281'031	290'000	292'136
<b>Finanzbeschaffung</b>	<b>2'002'700</b>	<b>2'707'885</b>	<b>1'597'610</b>	<b>2'323'300</b> <sup>2)</sup>
Mitgliederspenden	688'610	653'574	474'500	549'824
Freie Spenden	1'314'090	1'458'804	1'123'110	1'232'602
Übrige Spenden	-	595'507	-	522'174
Legate	-	-	-	18'700
<b>Verkaufserlös</b>	<b>199'905</b>	<b>285'989</b>	<b>242'200</b>	<b>222'819</b> <sup>3)</sup>
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>576'770</b>	<b>640'541</b>	<b>633'900</b>	<b>588'761</b> <sup>4)</sup>
<b>Auflösung Rückstellungen</b>	<b>-</b>	<b>87'334</b>	<b>165'000</b>	<b>1'340</b> <sup>5)</sup>
<b>Total Aufwand</b>	<b>4'653'789</b>	<b>5'644'268</b>	<b>4'925'067</b>	<b>5'371'810</b>
<b>Produktionsaufwand</b>	<b>264'838</b>	<b>214'091</b>	<b>215'600</b>	<b>149'483</b> <sup>6)</sup>
Produktion Medien	236'638	166'589	192'600	137'513
Produktion Mailing (u.a. SP Frauen*)	28'200	47'501	18'000	10'630
Produktion Neue Fundraisingprojekte	-	-	5'000	1'340
<b>Warenaufwand</b>	<b>22'032</b>	<b>4'408</b>	<b>-</b>	<b>1'000</b>
<b>Personal- und Sozialversicherungsaufwand</b>	<b>2'371'537</b>	<b>2'779'101</b>	<b>2'896'851</b>	<b>3'148'006</b> <sup>7)</sup>
<b>Übriger Personalaufwand</b>	<b>123'201</b>	<b>106'284</b>	<b>172'820</b>	<b>131'253</b> <sup>8)</sup>
<b>Raumaufwand</b>	<b>242'145</b>	<b>303'563</b>	<b>287'568</b>	<b>265'254</b> <sup>9)</sup>
<b>Unterhalt, Rep., Leasing</b>	<b>60'962</b>	<b>56'958</b>	<b>71'600</b>	<b>61'351</b> <sup>10)</sup>
<b>Sachversicherungen, Abgaben</b>	<b>4'449</b>	<b>5'734</b>	<b>6'600</b>	<b>6'144</b>
<b>Verwaltungsaufwand</b>	<b>373'595</b>	<b>467'724</b>	<b>316'128</b>	<b>284'321</b> <sup>11)</sup>
<b>Informatikaufwand</b>	<b>78'559</b>	<b>90'262</b>	<b>111'500</b>	<b>86'763</b> <sup>12)</sup>
<b>Werbeaufwand</b>	<b>16'594</b>	<b>405'447</b>	<b>62'000</b>	<b>128'659</b> <sup>13)</sup>
<b>Übriger Parteiaufwand</b>	<b>585'335</b>	<b>542'527</b>	<b>388'700</b>	<b>529'755</b> <sup>14)</sup>
<b>Bildung Rückstellungen</b>	<b>466'610</b>	<b>517'513</b>	<b>187'000</b>	<b>378'700</b> <sup>15)</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>49'305</b>	<b>146'621</b>	<b>208'300</b>	<b>201'101</b> <sup>16)</sup>
<b>Erfolg aus Finanzanlagen</b>	<b>262</b>	<b>6'737</b>	<b>400</b>	<b>4'221</b>
<b>Ausserordentlicher Erfolg</b>	<b>-5'633</b>	<b>-2'701</b>	<b>-</b>	<b>-4'201</b> <sup>17)</sup>
<b>Ergebnis</b>	<b>4'292</b>	<b>1'767</b>	<b>1'243</b>	<b>4'039</b>



## Kostenstellen 2018

	Rechnung 2016	Rechnung 2017	Budget 2018	Rechnung 2018
<b>Partei</b>	<b>1'571'107</b>	<b>1'598'887</b>	<b>1'686'608</b>	<b>1'827'103</b> <sup>18)</sup>
Beiträge	1'862'541	1'908'131	2'271'800	2'224'238
Spenden	604'685	592'341	405'000	570'156
Sachaufwand Partei	-29'441	-34'120	-48'000	-40'380
Personal- u. Anteil GK	-640'331	-625'544	-625'830	-641'606
Parteitag	-63'808	-	-90'000	-72'539
DV	-45'213	-68'589	-55'000	-73'199
Politische Einzelaktionen	-477	-326	-5'000	-559
Spesen GL/Präsidium	-5'862	-4'808	-8'200	-4'800
Spesen Kommissionen	-1'239	-1'479	-3'000	-1'581
Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-71'794	-71'798	-71'934	-71'829
Spesen Vizepräsidium	-25'200	-25'200	-25'200	-25'211
Internationales	-12'755	-17'144	-21'800	-13'781
Urabstimmung	-	-27'661	-	-
Wirtschaftskonzept	-	-24'916	-36'229	-21'807
<b>Bildung</b>	<b>-167'054</b>	<b>-150'193</b>	<b>-235'042</b>	<b>-220'899</b> <sup>19)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-137'772	-120'859	-164'342	-162'186
KoKo	-10'598	-12'936	-15'000	-9'633
Interne Bildung	-1'000	-84	-14'100	-8'421
Sommer-Uni	-2'788	-6'931	-5'600	-3'258
Mitgliederwerbung	-4'370	-3'977	-5'000	-4'784
Wirtschaft & Demokratie	-10'526	-5'000	-5'000	-9'238
Landesstreik Jubiläum	-	-406	-26'000	-23'380
<b>SP60+</b>	<b>-61'835</b>	<b>-60'273</b>	<b>-70'746</b>	<b>-58'510</b> <sup>20)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-35'775	-36'392	-35'746	-35'194
Sachaufwand Generationen	3'044	7'238	4'100	7'471
Spesen Präsidium	-7'000	-7'000	-7'000	-7'000
Vorstand/Konferenzen/AG	-15'101	-14'650	-16'600	-15'834
Themenanlässe/Kampagnen	-7'003	-9'470	-15'500	-7'953
<b>SP MigrantInnen</b>	<b>-23'100</b>	<b>-22'962</b>	<b>-47'151</b>	<b>-44'091</b> <sup>21)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-16'784	-19'173	-37'151	-33'253
Sachaufwand MigrantInnen	-6'316	-3'789	-10'000	-10'838
<b>Juso</b>	<b>-186'203</b>	<b>-186'378</b>	<b>-190'850</b>	<b>-187'311</b> <sup>22)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-186'203	-186'378	-190'850	-187'311
<b>SP Frauen*</b>	<b>-90'023</b>	<b>-97'529</b>	<b>-125'421</b>	<b>-124'093</b> <sup>23)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-83'688	-76'109	-91'221	-76'654
Mailing SP Frauen*	14'961	18'577	-2'700	3'158
Sachaufwand SP Frauen*	-9'089	-19'309	-2'500	-1'560
Spesen SP Frauen* Präsidium	-4'467	-3'476	-8'500	-4'592
Mitgliederversammlung	-7'740	-9'167	-14'500	-13'118
Kampagnen	-	-8'045	-6'000	-5'891
Frauenjahr	-	-	-	-25'436

	Rechnung 2016	Rechnung 2017	Budget 2018	Rechnung 2018
<b>Publikationen</b>	<b>-332'753</b>	<b>-249'341</b>	<b>-264'029</b>	<b>-239'842</b> <sup>24)</sup>
links	-216'006	-140'673	-152'366	-138'431
socialistes	-93'178	-71'892	-78'062	-67'473
PS Svizzera	-23'570	-36'777	-33'600	-33'938
<b>Kampagnen, Basis, IT</b>	<b>-1'370'688</b>	<b>-1'344'152</b>	<b>-1'329'006</b>	<b>-1'436'468</b> <sup>25)</sup>
Personal- u. Anteil GK Kampagnen	-670'598	-901'268	-972'506	-1'111'868
Sachaufwand	13'711	-10'577	-21'500	-13'420
Kampagnen allgemein	-183'370	-119'031	-180'000	-152'574
Abstimmungszeitungen	-37'826	-13'380	-15'000	-17'398
Referenden	-174'004	-80'496	-30'000	-30'000
Initiativen	-120'250	-119'399	-10'000	-916
Ergebnis Wahlen 2019	-198'352	-100'000	-100'000	-110'292
<b>Fundraising</b>	<b>664'263</b>	<b>687'697</b>	<b>651'879</b>	<b>635'873</b> <sup>26)</sup>
Personal- u. Anteil GK	-303'218	-277'594	-279'231	-316'729
Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen	-46'610	-193'379	-7'000	-17'360
Ertrag aus Sammelaktionen	1'279'100	1'434'844	1'123'110	1'232'602
E-Fundraising	34'990	23'960	-	-
Legate	-	-134	-5'000	17'360
Ausschüttung FR an KPs	-300'000	-300'000	-180'000	-280'000
<b>Finanzsanierung</b>	<b>-</b>	<b>-180'000</b>	<b>-75'000</b>	<b>-150'000</b> <sup>27)</sup>
<b>Ergebnis Shop</b>	<b>580</b>	<b>6'011</b>	<b>-</b>	<b>2'275</b> <sup>28)</sup>
<b>Ergebnis</b>	<b>4'292</b>	<b>1'767</b>	<b>1'243</b>	<b>4'039</b>

## Anhang zur Jahresrechnung 2018

### Entschädigung an die leitenden Organe

Den Mitgliedern der Geschäftsleitung werden die effektiven Spesen ausbezahlt. Der Parteipräsident erhält ein Jahressalär von 50 000 Franken und eine Spesenpauschale von 10 200 Franken. Fünf Vizepräsidien werden mit einer Entschädigung von insgesamt rund 25 000 Franken pro Jahr abgegolten. Die JUSO-Präsidentin erhält rund 27 000 Franken pro Jahr brutto. Die Entschädigung des Präsidiums und der Geschäftsleitung SP Frauen beträgt 2018 rund 4 000 Franken. Das Co-Präsidium der SP60+ wird mit insgesamt 7 000 Franken entschädigt.

### Nahestehende Organisationen

Folgende Organisationen und Institutionen sind der SP Schweiz nahestehend:

1. Solidar Suisse, Zürich (vormals Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH)
2. Solifonds Schweiz
3. Progressive Allianz
4. European Socialistes, PES

Die SP Schweiz leistet an die genannten Organisationen Mitgliedschaftsbeiträge zwecks Erfüllung von Zielen, die dem statutarischen Zweck der SP Schweiz entsprechen. Transaktionen, welche nicht in Zusammenhang mit den Mitgliedschaftsbeiträgen oder bezogenen Leistungen stehen, wurden nicht getätigt.

### Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Wertschriften:	Kurswert
Vorräte:	Einstandswert
Mobilier, Maschinen und Einrichtungen:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer
IT:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer
Übrige Bilanzpositionen:	Nominalwert

## Kommentar zur Jahresrechnung

### A) Bilanz

#### Geldflussrechnung und Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel haben gegenüber dem Vorjahr um rund 620 000 Franken, die erweiterten flüssigen Mittel, die zusätzlich kurzfristig realisierbare Kontokorrentguthaben beinhalten, um rund 550 000 Franken zugenommen. Das Nettoumlaufvermögen nahm um rund 330 000 Franken zu.

in TCHF	2018	2017
Reingewinn/-verlust	4.0	1.8
Abschreibungen (inkl. Shop)	201.1	146.6
<b>Cashflow I</b>	<b>205.1</b>	<b>148.4</b>
Bildung Rückstellungen	451.2	604.0
Auflösung Rückstellungen	-1.3	-102.9
Auflösung Rückstellungen Fundraising	0.0	0.0
<b>Cashflow II</b>	<b>655.0</b>	<b>649.5</b>
Veränderungen (nicht-liquiditätsw.) Umlaufvermögen/kfr. Fremdkap.	292.0	700.3
<b>Investitionsbereich</b>		
Investition in Anlagen	-322.9	-281.8
<b>Finanzierungsbereich</b>		
Veränderung Fonds (SAF)	-0.7	-15.6
<b>Veränderung Fonds Flüssige Mittel</b>	<b>623.5</b>	<b>1'052.4</b>

in TCHF	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Kasse	2.5	3.8	- 1.3
PostFinance	2'681.7	2'221.6	+ 460.1
Bank	485.7	321.0	+ 164.7
<b>Flüssige Mittel</b>	<b>3'169.9</b>	<b>2'546.4</b>	<b>+ 623.5</b>
Kontokorrentguthaben	502.3	573.6	- 71.3
<b>Erweiterte Flüssige Mittel</b>	<b>3'672.2</b>	<b>3'120.0</b>	<b>+ 552.2</b>
Übriges Umlaufvermögen	241.9	195.5	+ 46.4
./. Kurzfristige Verbindlichkeiten	1'253.0	985.4	+ 267.6
<b>Nettoumlaufvermögen</b>	<b>2'661.1</b>	<b>2'330.1</b>	<b>+ 331.0</b>

## Debitoren Kantonalparteien

Am Jahresende bestanden keine Ausstände bei den Mitgliederbeiträgen 2018 von Kantonalparteien. Dagegen gab es per Ende 2018 Vorauszahlungen der Kantonalparteien von knapp 79 000 Franken.

in TCHF	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
Debitoren Kantonalparteien	0.4	0.7	0.3
Verrechnungen Kantonalparteien	79.3	22.9	-56.4
<b>Nettoforderung gegenüber Kantonalparteien</b>	<b>-78.9</b>	<b>-22.2</b>	<b>56.6</b>

## Rückstellungen

Die gesamten Rückstellungen inklusive Delkredere betragen per 31.12.2018 rund 2 380 000 Franken. Diese sind mehrheitlich für kommende Projekte zweckbestimmt.

## SAF (Schweizerisches Arbeiterferienwerk)

Die Mittelverwendung des Legats SAF ist in einem separaten Organisationsreglement der SP Frauen\* geregelt. Über die Mittelverwendung beschliesst der Legats-Ausschuss, der von Tiziana Mona-Magni präsidiert wird. 2018 erfolgte eine Restzahlung für die anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der SP Frauen\* im 2017 unterstützte Broschüre «Frauengeschichten aus Brusata».

## B) Erfolgsrechnung

Die Rechnung 2018 schliesst mit einem Gewinn von rund 4 000 Franken.

### Ertrag

#### 1. Beiträge

Die Mitgliederbeiträge liegen mit rund 1 971 000 Franken rund 50 000 Franken unter dem Budget. Grund dafür ist das abgeflachte Wachstum des Mitgliederbestandes. Die Solidaritätsbeiträge beliefen sich 2018 auf rund 292 000 Franken und entsprechen damit dem Budget.

#### 2. Finanzbeschaffung

Die Finanzbeschaffung wird netto ausgewiesen. Der Nettoertrag liegt rund 725 000 Franken über dem Budget, wobei rund 420 000 Franken aus kampagnenbezogenen E-Fundraising-Aktionen stammen und entsprechend für diese Kampagnen auch wieder ausgegeben bzw. zurückgestellt wurden (No Billag, Anti-Menschenrechts-Initiative, Wahlen 2019).

Die Gruppe 2019 umfasst die regelmässigen Spender\_innen der SP Schweiz. Die Grösse der Gruppe (rund 1 700 Personen) ist gegenüber 2017 leicht gesunken.

Die übrigen Spenden beinhalten insbesondere die Spenden aus den E-Fundraising-Kampagnen zu den Abstimmungen zur No-Billag- und Anti-Menschenrechts-Initiative, zur Prämien-Entlastungs-Initiative, hinsichtlich der Wahlen 2019 sowie aus Mailings an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes.

### **3. Verkaufserlös**

In dieser Position sind Verrechnungen der Abstimmungszeitungen an die Sektionen und Kantonalparteien, der Verkauf von Inseraten/Beilagen im links und socialistes sowie der Erlös aus Splittings im links enthalten. Zudem werden hier erbrachte Dienstleistungen wie die Erstellung und der Betrieb von Websites für Kantonalparteien, Sektionen und Einzelpersonen sowie der Ertrag aus einem Drittmandat ausgewiesen.

Abstimmungszeitungen werden seit 2010 bis zu 2000 Exemplare gratis an die Sektionen und Kantonalparteien abgegeben. 2018 wurden zwei Abstimmungszeitungen produziert.

### **4. Übriger Ertrag**

Unter Tagungsgebühren sind die Beiträge der Teilnehmenden an der Sommeruni verbucht. Die Position beinhaltet zudem u.a. Unterstützungsbeiträge der Austragungsorte und von Kantonalparteien an Apéros der Delegiertenversammlungen.

Die Abgeltung durch die Fraktion erfolgte nach dem bereits für das Budget angewandten transparenten Berechnungsschema. Die effektive Höhe der Abgeltung liegt mit rund 492 000 Franken rund 30 000 Franken unter dem im Budget vorgesehenen Betrag.

### **5. Auflösung Rückstellungen**

2018 wurden die bestehenden Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Neudruck des Legate-Flyers aufgelöst.

## **Aufwand**

### **6. Produktionsaufwand**

Die Produktionskosten Medien beinhalten die Druckkosten und Aufwendungen für Bildrechte für links, socialistes, ps.ch sowie die Abstimmungszeitungen. Insbesondere die Produktionskosten für socialistes und für die Abstimmungszeitungen lagen 2018 unter dem Budget. Dies ergab sich aufgrund tieferer Druckkosten durch den Wechsel der Druckerei im letzten Quartal 2018 sowie aufgrund tieferer Auflagen bei den Abstimmungszeitungen.

Die Position Produktion Mailing umfasste 2018 insbesondere die Kosten für das Mailing an die Empfänger\_innen von links und socialistes.

### **7. Personalaufwand**

Die Summe der Personalkosten inkl. Leistungen Dritter (Honorare für Übersetzungen und übrige Honorare) betragen 2018 rund 3.148 Millionen Franken und liegen damit über dem Budget von 2.897 Millionen Franken.

In der Lohnsumme von 2.386 Millionen Franken sind sämtliche Löhne enthalten, welche durch die Partei ausbezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge sowie der eingenommenen Entschädigungen/Taggelder der EO und der Krankentaggeldversicherung liegt der Personalaufwand (exkl. Leistungen Dritter) mit 2.828 Millionen Franken über dem Budget von 2.464 Millionen Franken. Eine wesentliche Abweichung gegenüber dem Budget ergibt sich daraus, dass ab 2018 die Löhne der SP-Fraktion und der Kampagnen-Mitarbeitenden der JUSO direkt durch diese beiden Stellen bezahlt werden. Damit entfallen die Personalverrechnungen mehrheitlich. Die im 2018 ausgewiesene Personalverrechnung entspricht den Entwicklungs-Eigenleistungen im Zusammenhang mit der Einführung des Mitgliederdatenverwaltungssystems.

Die Mehrkosten erklären sich durch die zusätzlichen, im Budget nicht vorgesehenen Anstellungen für die Abstimmungskampagnen im 2018, für die Vorbereitungsarbeiten hinsichtlich der Wahlen 2019 und der Lancierung der Prämien-Entlastungs-Initiative sowie für das Projekt Frauenjahr 2018/2019. Die Mehrkosten werden durch die Kompensation mit dem Sachkostenbudget (u.a. Budget Wahlen 2019 als Honorare, denen im 2018 effektiv zusätzliche Anstellungen entsprachen) sowie durch kampagnenbezogene E-Fundraising-Einnahmen gedeckt.

Die übrigen Honorare Dritter sind mit rund 249 000 Franken tiefer als das Budget. Die Minderaufwendungen gegenüber dem Budget ergaben sich wie oben erwähnt insbesondere durch Verschiebungen hin zum Personalaufwand.

Die Honorare für Übersetzungen liegen mit rund 72 000 im Rahmen des Budgets.

## **8. Übriger Personalaufwand**

Der übrige Personalaufwand liegt mit rund 131 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwendungen ergaben sich bei allen Positionen, insbesondere bei der Personalbeschaffung durch die Online-Ausschreibung offener Stellen, bei den unterstützten Aus- und Weiterbildungen sowie bei den Spesenentschädigungen.

## **9. Raumaufwand**

Der gesamte Raumaufwand liegt mit rund 265 000 Franken unter dem Budget. Unter dem Budget lagen die Aufwände für die Miete auswärtiger Räumlichkeiten sowie für die Nebenkosten.

## **10. Unterhalt, Reparaturen, Leasing**

Die Summe der Aufwände in dieser Position liegen unter dem Budget. Nach dem Umzug im 2017 lagen die Aufwände für Unterhalt und Reparaturen beim Büromobiliar und in den Büroräumlichkeiten tiefer aus als budgetiert.

## **11. Verwaltungsaufwand**

Mit 285 000 Franken fielen die Verwaltungskosten 2018 rund 31 000 Franken tiefer aus als budgetiert. Die Aufwände für Drucksachen lagen im 2018 über dem Budget, insbesondere wegen höheren Kosten für Flyer und Plakate im Rahmen der Abstimmungskampagnen zur No-Billag- und Anti-Menschenrechts-Initiative sowie zum Referendum Sozialversicherungsdetektive. Minderaufwände gegenüber dem Budget gab es insbesondere bei den Porti (Kampagnen bspw. keine Streuversände) und beim Internetauftritt (Kampagnen, Jubiläum Landesstreik).

## **12. Informatikaufwand**

Der Informatikaufwand betrug 2018 rund 87 000 Franken und liegt damit rund 24 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwendungen ergaben sich insbesondere bei Wartung und Support. Insbesondere der Support für das per 1.12.2019 abgelöste Mitgliederverwaltungssystem fiel im letzten Jahr des Betriebs tiefer aus als budgetiert.

## **13. Werbeaufwand**

Der Werbeaufwand beinhaltet insbesondere die Kosten für Plakataushang, passengertv (Werbung im öffentlichen Verkehr) und Online-Werbung im Rahmen der Abstimmungskampagnen zur No-Billag- und Anti-Menschenrechts-Initiative.

## **14. Übriger Parteiaufwand**

Der übrige Parteiaufwand fiel mit 530 000 Franken rund 140 000 Franken höher aus als budgetiert. Die Position beinhaltet unter anderem den jährlichen ordentlichen Beitrag an die Juso sowie weitere Unterstützungsbeiträge an Abstimmungsbündnisse und -komitees. Letztere fielen leicht höher aus als budgetiert. Die wesentlichste Abweichung gegenüber dem



Budget ergibt sich durch die Ausschüttung an die Kantonalparteien aus dem Fundraisingergebnis 2018, welche 280 000 Franken beträgt und damit über dem Budget von 180 000 Franken liegt. Gemäss der im Dezember 2016 verabschiedeten Vereinbarung zwischen der SP Schweiz und den Kantonalparteien partizipieren letztere seit 2016 am effektiven Jahresergebnis aus dem Fundraising der SP Schweiz. Sie verzichten im Gegenzug auf ein eigenes, professionelles Fundraising.

Die Beiträge an SP Europa und Progressive Allianz liegen 2018 im Rahmen des Budgets.

## 15. Bildung Rückstellungen

2018 wurden die Unterstützungsbeiträge der Raiffeisen Schweiz sowie der Schweizerischen Mobiliar Versicherungsgesellschaft wie in den Vorjahren direkt als Rückstellung verbucht.

Für zukünftige Kampagnen wurden Rückstellungen im Umfang von 201 000 Franken gebildet. Zudem wurde ein 2018 erhaltenes Legat von 18 700 Franken vollumfänglich zurückgestellt. Im Weiteren wurde eine nicht zweckbestimmte Rückstellung von 150 000 Franken im Sinne eines erweiterten Eigenkapitals für zukünftige ausserordentliche Ereignisse geäuft.

## 16. Abschreibungen

2018 erfolgten insbesondere Investitionen im Rahmen des Ersatzes des Mitgliederdatenverwaltungssystems. Im Weiteren wurden IT-Endgeräte (Laptops) angeschafft und Bürostühle ersetzt. Die Investitionen lagen 2018 im Rahmen des Budgets, weshalb die Abschreibungen dem Budget entsprechen.

in CHF	<b>Maschinen/ Mobiliar/ Einrichtung</b>	<b>IT-Anlagen (inkl. Mitglieder- verwaltungs- system)</b>	<b>Internet</b>	<b>Werbe- material</b>
Investitionen 31.12.2017	265'177	1'212'810	133'308	11'426
Veränderung 2018	7'922	314'979	0	0
Investitionen 31.12.2018	273'100	1'527'789	133'308	11'426
Wertberichtigungen 31.12.2017	201'177	1'107'110	127'808	11'426
Veränderung 2018	27'122	171'179	2'800	0
Wertberichtigungen 31.12.2018	228'300	1'278'289	130'608	11'426
Buchwert 31.12.2018	44'800	249'500	2'700	0

## 17. Ausserordentlicher Erfolg

Der ausserordentliche Ertrag setzt sich zusammen aus der CO2-Rückerstattung durch die Ausgleichskasse.

## C) Kostenstellenrechnung

In der Kostenstellenrechnung werden die Zentralen Dienste als Vorkostenstelle geführt und im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt. Diese Kosten sind anteilmässig in den Hauptkostenstellen unter der Position Personal- und Anteil Gemeinkosten enthalten.

Die Zentralen Dienste beinhalten die Lohnkosten für die Mitarbeitenden der Abteilung Administration sowie die Informatikverantwortlichen. Im Weiteren werden Miete, Unterhalt und Reparaturen von Mobiliar und Maschinen, allgemeiner Verwaltungsaufwand wie Fotokopierkosten, Telefonkosten und Porti, der Informatikaufwand sowie die Abschreibungen über die Zentralen Dienste verbucht.

Mit rund 617 000 Franken liegen die Personalkosten im Rahmen des Budgets. Beim Sachaufwand liegen die effektiven Aufwendungen mit rund 573 000 Franken rund 16 000 Franken unter dem Budget. Minderaufwände gegenüber dem Budget ergeben sich insbesondere im allgemeinen Büroaufwand (Büromaterial, Drucksachen, Fotokopien, allgemeine Porti). Ebenfalls Minderaufwände resultieren im Bereich IT, insbesondere für Wartung und Support (v.a. abgelöste Mitgliederverwaltungssystem). Da auf die budgetierte Auflösung der Rückstellung für die Einführung des Mitgliederverwaltungssystems im 2018 verzichtet wurde, fielen die Kosten im Bereich Infrastruktur höher aus als budgetiert.

Insgesamt entsprechen die Aufwände der Zentralen Dienste in der Summe dem Budget.

### 18. Partei

Einnahmen aus Mitglieder- und Solidaritätsbeiträgen, Mitgliederspendsen, Spenden, welche nicht durch Fundraisingaktivitäten generiert werden, sowie die Personalkosten des Zentralsekretariats und des Präsidiums werden dieser Kostenstelle zugewiesen. Unter dem Sachaufwand werden die Parteiaktivitäten, Spesenentschädigungen an die leitenden Organe, Beiträge an internationale Organisationen sowie Beiträge an Delegationen im und aus dem Ausland verbucht.

Der Nettoertrag der Kostenstellen Partei liegt mit rund 1 830 000 Franken rund 144 000 Franken über dem Budget. Die Beiträge fallen gegenüber dem Budget tiefer aus. Dies insbesondere, da der Mitgliederbestand per 1.1.2018 effektiv tiefer war als budgetiert. Die Mitgliederspendsen 2018 entsprechen in der Höhe dem Vorjahr, waren jedoch aufgrund des langjährigen Durchschnitts noch tiefer budgetiert. Die Mehrkosten für eine dritte ausserordentliche Delegiertenversammlung, für welche ein Nachtragskredit genehmigt wurde, konnten durch Minderaufwände beim Parteitag kompensiert werden.

Mitgliederbeiträge an die Progressive Allianz (PA) und die SP Europa (SPE) machen drei Fünftel der Kostenstelle «Internationales» aus. Aus der Sozialistischen Internationale (SI) ist die SP inzwischen ausgeschlossen. Im Übrigen entsandte die SP Delegierte an rund 20 internationale Treffen, darunter an PA-Konferenzen in Georgien, Hamburg und Burkina Faso, Kampagnen-Seminare der PA in Brüssel und der SP Schweden in Stockholm, den

Wahlkongress der SPE in Lissabon sowie etliche Vorstands-, Koordinations- und Netzwerktreffen der SPE (Klima und Energie, Soziales Europa, Finanz und Wirtschaft) und der Europäischen Senior\_innen-Organisation ESO, alle in Brüssel. Weiter war die SP an den Parteitagen von Labour UK und PS France vertreten.

## **19. Bildung**

Die Summe der effektiven Aufwendungen der Kostenstellen Bildung liegt mit 220 000 Franken rund 15 000 Franken unter dem Budget. Die Kosten der Sommeruni, welche zum fünften Mal durchgeführt wurde, sowie der übrigen Sachkostenstellen liegen im Rahmen des Budgets oder darunter. Mehraufwendungen im Bereich Wirtschaft & Demokratie aufgrund der Produktion der Broschüre «Commons» werden auf den übrigen Kostenstellen kompensiert.

## **20. SP60+**

Die Summe der Aufwendungen der Kostenstellen SP60+ liegen unter dem Budget. Ebenfalls 2018 wurde mit der Einladung zur Mitgliederkonferenz ein Spendenaufruf verschickt. Dieser war sehr erfolgreich. Im Weiteren liegen die Kosten für Themenanlässe und Kampagnen unter dem Budget.

## **21. SP MigrantInnen**

Seit 2018 werden 20 Stellenprozent für die Unterstützung der Aktivitäten der SP MigrantInnen zur Verfügung gestellt. Die effektiven Aufwendungen im 2018 belaufen sich auf rund 44 000 Franken und liegen damit leicht unter dem Budget.

## **22. JUSO**

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin (70%), die Lohnkosten der Präsidentin (pauschale Entschädigung) sowie die Infrastrukturkosten, welche ebenfalls einen Teil der Portokosten beinhaltet. Der übrige Sachaufwand wird durch die JUSO selbst finanziert. An die JUSO Schweiz wurde 2018 zudem ein allgemeiner Kampagnenbeitrag von 15 000 Franken ausgerichtet.

## **23. SP Frauen\***

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin der SP Frauen\*, die Infrastrukturkosten sowie den Sachaufwand. Das Budget von rund 125 000 Franken wurde mit effektiven Aufwendungen von rund 124 000 Franken eingehalten. Die Aufwände für das Projekt Frauenjahr 2018/2019, welche mit einem Nachtragskredit genehmigt wurden, konnten damit durch Minderaufwendungen in anderen Kostenstellen der SP Frauen\* und durch E-Fundraising-Einnahmen für das Projekt kompensiert werden.

## **24. Publikationen**

Die gesamten Aufwendungen für Publikationen liegen mit rund 240 000 Franken rund 24 000 Franken unter dem Budget. Das links erscheint seit 2017 noch mit 6, socialistes mit 4 und ps.ch weiterhin mit 4 Ausgaben. Der Wechsel der Druckerei im vierten Quartal 2018 führte zu tieferen Produktionskosten bei links und socialistes. Zudem fielen die Portokosten insgesamt tiefer aus als budgetiert und aus dem Mailing an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes resultierten höhere Spendeneinnahmen, welche Mindereinnahmen aus Inseraten und Beilagen Dritter kompensierten.

## **25. Kampagnen, Basis, IT**

Organisatorisch sind die Mitarbeitenden des Bereichs Kampagnen, Basis sowie IT in dieser Abteilung zusammengefasst. Die Personalkosten der Mitarbeitenden IT werden in den Zentralen Diensten ausgewiesen.

Die eidgenössischen Abstimmungen zur No-Billag-Initiative, Anti-Menschenrechts-Initiative sowie zum Referendum Sozialversicherungsdetektive bildeten die Schwerpunkte der Kampagnenarbeit 2018. Diese Kampagnen beinhalteten ebenfalls E-Fundraising-Massnahmen. Die kampagnenbezogen generierten Mittel im Umfang von rund 420 000 Franken flossen direkt in die jeweiligen Kampagnen. Ein weiterer Schwerpunkt bildeten die Vorbereitungsarbeiten für die Kampagne zu den eidgenössischen Wahlen 2019 und zur Lancierung der Prämien-Entlastungs-Initiative.

Im Bereich Basis wurden unter anderem Basiskampagnen in den Kantonen Baselland, Luzern, Thurgau, Zug und Zürich sowie in der Stadt Thun begleitet.

Anlässlich der Abstimmungen vom Februar und September 2018 wurden Abstimmungszeitungen produziert und den Sektionen verteilt. Pro Sektion werden 2 000 Exemplare gratis geliefert.

## **26. Fundraising**

Das Fundraising-Ergebnis wird netto ausgewiesen. Dies führt zu einer besseren Übersichtlichkeit und einer realistischeren Einschätzung der tatsächlichen finanziellen Situation.

Der Nettoertrag Fundraising beträgt im Berichtsjahr rund 1 233 000 Franken und liegt damit rund 110 000 Franken über dem Budget. Das Ergebnis liegt damit leicht unter 2017 auf dem Niveau von 2016.

Die Anzahl Mitglieder der Gruppe 2019 ist gegenüber 2017 leicht tiefer. Dies trifft auch auf die Gesamteinnahmen 2018 zu. Die Durchschnittsspende dieser sehr treuen Spenderinnen und Spender beträgt rund 300 Franken. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Partei.

Per 2017 wurde der Fundraising-Schlüssel, nach dem die Fundraising-Mittel verbucht werden, angepasst. Die laufenden Einnahmen werden zur Deckung der laufenden Ausgaben

verwendet. Übersteigt das Nettoergebnis gewisse Schwellen, werden vom übersteigenden Betrag nach einem definierten Schlüssel Rückstellungen für die Investitionen in neue Fundraisingprojekte gebildet. Im Berichtsjahr wurden keine Rückstellungen gebildet.

Mit der Ende 2016 verabschiedeten Vereinbarungen zwischen der SP Schweiz und den Kantonalparteien partizipieren letztere 2018 am effektiven Fundraising-Ergebnis. Die Ausschüttung an die Kantonalparteien beträgt für 2018 280 000 Franken.

## **27. Finanzsanierung**

Zur Schaffung einer solideren Eigenkapitalbasis werden im Sinne der Bildung von erweitertem Eigenkapital zweckungebundene Rückstellungen für zukünftige ausserordentliche Ereignisse geäufnet.

## **28. Ergebnis Shop**

Der Shop verkauft die Artikel an Kantonalparteien, Sektionen und Mitglieder mit einem geringen Aufschlag für Bestellung, Lagerung und Versand. Das Warenlager ist per Ende Berichtsjahr zum Einstandspreis bewertet.

**Bericht der Revisionsstelle  
an die Delegiertenversammlung des Vereins  
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP Schweiz), Bern**

Auftragsgemäss haben wir eine Review der Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der SP Schweiz für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr vorgenommen.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, aufgrund unserer Review einen Bericht über die Jahresrechnung abzugeben.

Unsere Review erfolgte nach dem Schweizer Prüfungsstandard 910. Danach ist eine Review so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden, wenn auch nicht mit derselben Sicherheit wie bei einer Prüfung. Eine Review besteht hauptsächlich aus der Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie analytischen Prüfungshandlungen in Bezug auf die der Jahresrechnung zugrunde liegenden Daten. Wir haben eine Review, nicht aber eine Prüfung, durchgeführt und geben aus diesem Grund kein Prüfungsurteil ab.

Bei unserer Review sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

**BERO Treuhand AG**



Roland Laube  
Wirtschaftsprüfer

Gelterkinden, 26. März 2019

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Genehmigung Jahresrechnung 2018.

## BUDGET 2020

	Rechnung 2017	Rechnung 2018	Budget 2019	Budget 2020
<b>Total Ertrag</b>	<b>5'646'035</b>	<b>5'375'848</b>	<b>6'001'425</b>	<b>5'480'964</b>
<b>Beiträge</b>	<b>1'924'286</b>	<b>2'239'628</b>	<b>2'154'925</b>	<b>2'269'650</b> <sup>1)</sup>
Mitgliederbeiträge	1'643'255	1'947'492	1'882'625	1'974'650
Solidaritätsbeiträge	281'031	292'136	272'300	295'000
<b>Finanzbeschaffung</b>	<b>2'707'885</b>	<b>2'323'300</b>	<b>2'028'640</b>	<b>1'861'714</b> <sup>2)</sup>
Mitgliederspenden	653'574	549'824	405'000	505'000
Freie Spenden	1'458'804	1'232'602	1'311'640	1'229'714
Übrige Spenden	595'507	522'174	312'000	127'000
Legate	-	18'700	-	-
<b>Verkaufserlös</b>	<b>285'989</b>	<b>222'819</b>	<b>163'700</b>	<b>184'500</b> <sup>3)</sup>
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>640'541</b>	<b>588'761</b>	<b>999'160</b>	<b>548'100</b> <sup>4)</sup>
<b>Auflösung Rückstellungen</b>	<b>87'334</b>	<b>1'340</b>	<b>655'000</b>	<b>617'000</b> <sup>5)</sup>
<b>Total Aufwand</b>	<b>5'644'268</b>	<b>5'371'810</b>	<b>5'995'325</b>	<b>5'480'114</b>
<b>Produktionsaufwand</b>	<b>214'091</b>	<b>149'483</b>	<b>237'538</b>	<b>232'038</b> <sup>6)</sup>
Produktion Medien	166'589	137'513	168'000	158'000
Produktion Mailing (u.a. SP Frauen*)	47'501	10'630	64'538	44'038
Produktion Neue Fundraisingprojekte	-	1'340	5'000	30'000
<b>Warenaufwand</b>	<b>4'408</b>	<b>1'000</b>	<b>5'000</b>	<b>-</b>
<b>Personal- und Sozialversicherungsaufwand</b>	<b>2'779'101</b>	<b>3'148'006</b>	<b>3'423'661</b>	<b>3'032'750</b> <sup>7)</sup>
<b>Übriger Personalaufwand</b>	<b>106'284</b>	<b>131'253</b>	<b>166'200</b>	<b>152'950</b> <sup>8)</sup>
<b>Raumaufwand</b>	<b>303'563</b>	<b>265'254</b>	<b>251'016</b>	<b>275'516</b> <sup>9)</sup>
<b>Unterhalt, Reparaturen, Leasing</b>	<b>56'958</b>	<b>61'351</b>	<b>44'500</b>	<b>75'000</b> <sup>10)</sup>
<b>Sachversicherungen, Abgaben</b>	<b>5'734</b>	<b>6'144</b>	<b>6'600</b>	<b>6'600</b>
<b>Verwaltungsaufwand</b>	<b>467'724</b>	<b>284'321</b>	<b>366'660</b>	<b>373'660</b> <sup>11)</sup>
<b>Informatikaufwand</b>	<b>90'262</b>	<b>86'763</b>	<b>90'500</b>	<b>96'600</b> <sup>12)</sup>
<b>Werbeaufwand</b>	<b>405'447</b>	<b>128'659</b>	<b>444'900</b>	<b>42'900</b> <sup>13)</sup>
<b>Übriger Parteiaufwand</b>	<b>542'527</b>	<b>529'755</b>	<b>626'950</b>	<b>542'000</b> <sup>14)</sup>
<b>Bildung Rückstellungen</b>	<b>517'513</b>	<b>378'700</b>	<b>165'000</b>	<b>348'000</b> <sup>15)</sup>
<b>Abschreibungen</b>	<b>146'621</b>	<b>201'101</b>	<b>166'400</b>	<b>296'700</b> <sup>16)</sup>
<b>Erfolg aus Finanzanlagen</b>	<b>6'737</b>	<b>4'221</b>	<b>400</b>	<b>5'400</b>
<b>Ausserordentlicher Erfolg</b>	<b>-2'701</b>	<b>-4'201</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Ergebnis</b>	<b>1'767</b>	<b>4'039</b>	<b>6'100</b>	<b>850</b>

## Kostenstellen

	Rechnung 2017	Rechnung 2018	Budget 2019	Budget 2020
<b>Partei</b>	<b>1'598'887</b>	<b>1'827'103</b>	<b>1'666'575</b>	<b>1'781'153</b>
Beiträge	1'908'131	2'224'238	2'140'125	2'254'850
Spenden	592'341	570'156	405'000	505'000
Sachaufwand Partei	-34'120	-40'380	-59'000	-45'000
Personal- u. Anteil GK	-625'544	-641'606	-616'613	-636'201
Parteitag	-	-72'539	-	-105'000
DV	-68'589	-73'199	-60'000	-66'000
Politische Einzelaktionen	-326	-559	-	-
Spesen GL/Präsidium	-4'808	-4'800	-8'200	-8'200
Spesen Kommissionen	-14'79	-1'581	-3'000	-3'000
Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-71'798	-71'829	-71'837	-71'595
Spesen Vizepräsidium	-25'200	-25'211	-25'200	-25'200
Internationales	-17'144	-13'781	-34'700	-18'500
Urabstimmung	-27'661	-	-	-
Wirtschaftskonzept	-24'916	-21'807	-	-
<b>Bildung</b>	<b>-150'193</b>	<b>-220'899</b>	<b>-146'760</b>	<b>-163'446</b>
Personal- u. Anteil GK	-120'859	-162'186	-108'060	-104'746
KoKo	-12'936	-9'633	-15'000	-15'000
Interne Bildung	-84	-8'421	-8'100	-28'100
Sommer-Uni	-6'931	-3'258	-5'600	-5'600
Mitgliederwerbung	-3'977	-4'784	-5'000	-5'000
Wirtschaft & Demokratie	-5'000	-9'238	-5'000	-5'000
Landesstreik Jubiläum	-406	-23'380	-	-
<b>SP60+</b>	<b>-60'273</b>	<b>-58'510</b>	<b>-109'801</b>	<b>-109'279</b>
Personal- u. Anteil GK	-36'392	-35'194	-71'501	-70'979
Sachaufwand Generationen	7'238	7'471	3'000	3'000
Spesen Präsidium	-7'000	-7'000	-7'000	-7'000
Vorstand/Konferenzen/AG	-14'650	-15'834	-18'300	-18'300
Themenanlässe/Kampagnen	-9'470	-7'953	-16'000	-16'000
<b>SP MigrantInnen</b>	<b>-22'962</b>	<b>-44'091</b>	<b>-43'702</b>	<b>-44'960</b>
Personal- u. Anteil GK	-19'173	-33'253	-33'702	-34'960
Sachaufwand MigrantInnen	-3'789	-10'838	-10'000	-10'000
<b>Juso</b>	<b>-186'378</b>	<b>-187'311</b>	<b>-173'171</b>	<b>-187'657</b>
Personal- u. Anteil GK	-186'378	-187'311	-173'171	-187'657
<b>SP Frauen*</b>	<b>-97'529</b>	<b>-124'093</b>	<b>-165'329</b>	<b>-117'443</b>
Personal- u. Anteil GK	-76'109	-76'654	-81'678	-83'493
Mailing SP Frauen*	18'577	3'158	2'300	2'300
Sachaufwand SP Frauen*	-19'309	-1'560	-3'050	-3'050
Spesen SP Frauen* Präsidium	-3'476	-4'592	-10'500	-7'500
Mitgliederversammlung	-9'167	-13'118	-15'700	-15'700
Kampagnen	-8'045	-5'891	-10'000	-10'000
Frauenjahr	-	-25'436	-46'701	-



	Rechnung 2017	Rechnung 2018	Budget 2019	Budget 2020	
<b>Publikationen</b>	<b>-249'341</b>	<b>-239'842</b>	<b>-245'391</b>	<b>-277'019</b>	23)
links	-140'673	-138'431	-138'134	-167'017	
socialistes	-71'892	-67'473	-72'258	-75'002	
PS Svizzera	-36'777	-33'938	-35'000	-35'000	
<b>Kampagnen &amp; Kommunikation</b>	<b>-903'629</b>	<b>-942'964</b>	<b>-1'076'273</b>	<b>-947'189</b>	24)
Personal- u. Anteil GK Kampagnen	-471'323	-629'651	-471'485	-640'089	
Sachaufwand	-	-2'133	-5'000	-5'000	
Kampagnen allgemein	-143'180	-334'993	-81'000	-85'100	
Abstimmungszeitungen	-13'380	-17'398	-15'000	-43'000	
Referenden	-80'496	-30'000	-30'000	-70'000	
Initiativen	-95'250	-916	-289'538	-430'000	
Ergebnis Wahlen 2019	-100'000	-110'292	-834'250	-160'000	
E-Fundraising	-	182'419	-	56'000	
Auflösung Rückstellungen Kampagnen/Wal	-	-	650'000	430'000	
<b>Basis, IT</b>	<b>-440'522</b>	<b>-493'504</b>	<b>-583'072</b>	<b>-460'043</b>	25)
Personal- u. Anteil GK	-559'257	-567'622	-582'072	-502'543	
Sachaufwand	-10'577	-11'287	-16'500	-14'500	
Basiskampagnen KP/Sektionen	129'312	85'405	15'500	57'000	
<b>Fundraising</b>	<b>687'697</b>	<b>635'873</b>	<b>998'025</b>	<b>676'733</b>	26)
Personal- u. Anteil GK	-277'594	-316'729	-253'615	-364'981	
Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen	-193'379	-17'360	5'000	-8'000	
Ertrag aus Sammelaktionen	1'434'844	1'232'602	1'311'640	1'229'714	
E-Fundraising	23'960	-	-	-	
Legate / Neue Fundraisingprojekte	-134	17'360	-5'000	-30'000	
Ausschüttung FR an KPs	-300'000	-280'000	-60'000	-150'000	
<b>Finanzsanierung</b>	<b>-180'000</b>	<b>-150'000</b>	<b>-115'000</b>	<b>-150'000</b>	
<b>Ergebnis Shop</b>	<b>6'011</b>	<b>2'275</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	
<b>Ergebnis</b>	<b>1'767</b>	<b>4'039</b>	<b>6'100</b>	<b>850</b>	

## **Kommentar zum Budget 2020**

Das Budget 2020 ist ausgeglichen. Es beinhaltet sämtliche Aufwendungen und Erträge der SP Schweiz.

### **1. Beiträge**

Die Berechnung der Mitgliederbeiträge basiert auf dem Bestand per Anfang 2019. In den Jahren 2018 und 2019 erhob die SP Schweiz gegenüber den Sektionen/Kantonalparteien keine Mitgliederbeiträge für Neueintritte. Gegenüber den Vorjahren ergeben sich dadurch sowie durch die Erhöhung des Mitgliederbeitrags per 1.1.2018 und den Zuwachs an Mitgliedern Mehreinnahmen. Die Beiträge werden durch die Kantonalparteien zuverlässig in den vorgegebenen Zahlungsfristen überwiesen. Die Skonto-Gutschriften an die Kantonalparteien bleiben aufgrund dieser positiven Entwicklung unverändert.

### **2. Finanzbeschaffung**

Die Mitgliederspenden werden wie die freien Spenden (Gönnerinnen und Gönner) netto ausgewiesen. Die Budgetierung erfolgt vorsichtig, abgeleitet aus den effektiven Erträgen der vergangenen Jahre. Die gesamten Spendeneinnahmen liegen damit im Rahmen der Rechnung 2018.

Die übrigen Spenden beinhalten 2020 Einnahmen aus dem Spendenaufruf an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes sowie an die Mitglieder der SP Frauen\* und von SP60+. Im Weiteren sind darin voraussichtliche Einnahmen aus E-Fundraising-Kampagnen enthalten.

### **3. Verkaufserlös**

Die Erlöse aus dem Verkauf von Inseraten/Beilagen/Publikationen sind aufgrund sinkender Einnahmen aus Inseraten und Beilagen tiefer budgetiert. Der Ertrag beinhaltet zudem die Beteiligung der Kantonalparteien und Sektionen an der Durchführung von kantonalen und lokalen Basiskampagnen sowie Einnahmen aus geplanten Veranstaltungen.

### **4. Übriger Ertrag**

Die Position beinhaltet u.a. Unterstützungsbeiträge von Standortgemeinden und -kantonen an Apéros der Delegiertenversammlungen und am Parteitag. Die Abgeltung der Fraktion an die Gemeinkosten sowie die Leistungen der GeneralsekretärInnen, Medienverantwortlichen und der Finanzverantwortlichen sind gegenüber dem Budget 2019 höher aufgrund proportional höherer Gemeinkostenbelastung.

## **5. Auflösung Rückstellungen**

2020 werden bestehende Rückstellungen im Umfang von total 617 000 Franken aufgelöst. Dies zugunsten der Abstimmungskampagne zur Transparenz-Initiative, für die voraussichtlich im 2020 lancierte Gleichstellungs-Initiative sowie zur Deckung der Abschreibungen aus den Investitionen in die neue Fundraising-Datenbank sowie in das neue Basiskampagnentool zur Verwaltung der Freiwilligeneinsätze. Für die Initiativen erfolgt die Auflösung zulasten der durch die Spenden der Raiffeisenbank und der Mobiliar geäufteten Rückstellungen.

## **6. Produktionsaufwand**

Die Produktionskosten für links, socialistes und ps.ch sind im Rahmen des Budgets 2019 eingesetzt. 2020 sind drei Abstimmungszeitungen vorgesehen.

Die Produktionskosten für Mailings beinhalten die Aufwendungen für das Spendenmailing an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes, an die SP Frauen\* sowie für Versände im Rahmen der Unterschriftensammlung zu einer allfälligen Gleichstellungs-Initiative.

Die neuen Fundraisingprojekte enthalten u.a. die Aufwendungen für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Testament-Ratgeber sowie in Projekte zur Weiterentwicklung des Fundraising. Die Aufwendungen werden 2020 durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

## **7. Personalaufwand und Sozialversicherungsaufwand**

Gegenüber dem Budget 2019 sinkt der Gesamtstellenetat (inkl. Fraktion) um rund 320 auf 2880% (inkl. Praktikum; 2180% exkl. Fraktion). Entsprechend sinken die Personalkosten 2020 (exkl. Fraktion) um rund 390'000 Franken auf total rund 3.03 Mio. Franken.

Der Rückgang in den Stellenprozenten erklärt sich insbesondere durch den Wegfall der befristeten Stellen für die Wahlen 2019, das Frauenjahr 2018/2019 sowie die Prämien-Entlastungs-Initiative. Im Gegenzug ist eine befristete Anstellung für eine Gleichstellungs-Initiative berücksichtigt. Zudem wird im Bereich Fundraising eine neue Stelle im Umfang von 70% geschaffen (siehe dazu auch Punkt 26.)

Honorare für Übersetzungen sind gegenüber dem Budget 2019 höher. Simultanübersetzungen sind für DV, Parteitag, Koko und Konferenzen und Anlässe der SP60+ vorgesehen. Die Kosten für die Übersetzung in Gebärdensprache für den ordentlichen zweitägigen Parteitag sowie die Delegiertenversammlungen erklären den Mehraufwand im 2020.

Im Gegenzug fallen die Honorare Dritter im 2020 um rund 80 000 Franken tiefer aus als 2019. Die Aufwendungen betreffen insbesondere die Abstimmungskampagnen und das Initiativprojekt. Die Position beinhaltet im weiteren u.a. Dienstleistungen des Treuhand-Büros für die Lohnverarbeitung, Honorare für Bildungsprojekte, für Layout, Lektorat und Inserateakquisition der Publikationen sowie Dienstleistungen externer Fachpersonen im Bereich Fundraising.

## **8. Übriger Personalaufwand**

Der übrige Personalaufwand ist gegenüber den Vorjahren leicht tiefer budgetiert.

## **9. Raumaufwand**

Der Raumaufwand liegt über dem Budget 2019. Im 2020 sind neben dem ordentlichen zweitägigen Parteitag auch zwei Delegiertenversammlungen geplant.

## **10. Unterhalt, Reparaturen, Leasing**

Diese Position beinhaltet u.a. die Miete für die Technik verschiedener Anlässe. Aufgrund des ordentlichen zweitägigen Parteitags sowie von zwei Delegiertenversammlungen fallen die Kosten höher aus als 2019.

## **11. Verwaltungsaufwand**

Der Verwaltungsaufwand liegt im Rahmen des Budgets 2019. Die Mehraufwendungen gegenüber früheren Jahren ergeben sich für Aufwände allfälliger Referenden sowie aus der geplanten Gleichstellungs-Initiative. Im 2020 erfolgt zudem die Konzeption einer neuen Webseite.

## **12. Informatikaufwand**

Der Informatikaufwand (Lizenzen und Wartung) ist mit rund 96 000 Franken gegenüber 2019 leicht höher budgetiert. Insbesondere die Kosten für den Support des neuen Mitgliederverwaltungssystems sind höher eingesetzt als im Vorjahr.

## **13. Werbeaufwand**

Im Werbeaufwand sind insbesondere die voraussichtlichen Kosten für Inserate- und Plakatekampagnen sowie für Online-Kampagnen für Abstimmungen, Referenden und Initiativen enthalten.

## **14. Übriger Parteiaufwand**

Der übrige Parteiaufwand ist gegenüber 2019 tiefer budgetiert.

Seit 2016 ist die Beteiligung der Kantonalparteien am Fundraising-Ergebnis aufgrund des budgetierten Ergebnisses in diesem Bereich berücksichtigt. Die Ende 2016 verabschiedete Vereinbarung zwischen der SP Schweiz und den Kantonalparteien dient als Grundlage der Berechnung. Die effektive Beteiligung wird sich nach den tatsächlichen Nettoeinnahmen des Fundraising 2020 richten.

Die Position beinhaltet zudem die Mittel für die Abstimmungskampagne zur Transparenz-Initiative, welche über einen Trägerverein zusammen mit anderen Organisationen geführt wird.

Nach dem Wahljahr fällt der übrige Veranstaltungsaufwand wieder tiefer aus.

2020 ist ein Mitgliederbeitrag an die Progressive Allianz budgetiert. Rückwirkend ab 2018 ist die Mitgliedschaft bei der SP Europa durch Nicht-EU-Staaten nicht mehr möglich, weshalb dieser Beitrag vorläufig entfällt.

### **15. Bildung Rückstellungen**

Neben der Bildung von Rückstellungen für die Wahlen 2023 ist 2020 auch eine allgemeine Rückstellung für die Finanzsanierung gemäss Auftrag des Parteitags vom Dezember 2016 budgetiert.

Gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom Dezember 2012 in Thun sollen die Spenden der genossenschaftlich organisierten Unternehmen einem getrennten Fonds zugewiesen werden. In diesem Sinn werden die Spenden der Raiffeisenbank und der Mobiliar ab 2013 direkt als Rückstellungen verbucht. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die Geschäftsleitung und informiert die Delegiertenversammlung. Die geplante Verwendung dieser Rückstellung wird im Budget bzw. Finanzplan berücksichtigt, entsprechend ausgewiesen und unter Auflösung Rückstellungen kommentiert.

### **16. Abschreibungen**

Die Abschreibungen fallen durch höhere Investitionen – Mitgliederdatenverwaltungssystem, Fundraising-Datenbank, Basiskampagnentool – weiterhin höher aus als im langjährigen Vergleich.

## **Kostenstellen**

Die Kosten für Zentrale Dienste, d.h. Personalkosten Administration und IT, Miete Büroräumlichkeiten, Unterhalt/Reparaturen/Ersatz Büromaterial und –mobiliar, Sachversicherungen und allgemeine Verwaltungskosten wie Fotokopien, Telefon, Porti sowie Informatikaufwendungen und Abschreibungen sind mit total 1 253 000 Franken leicht höher als im Vorjahr. 490 Stellenprozente exkl. Lernende\_r sind im Bereich Zentrale Dienste budgetiert. Die Kosten der Zentralen Dienste werden im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt.

### **17. Partei**

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr höher. Siehe dazu auch die Erläuterungen unter Punkt 1.

Für die beiden Delegiertenversammlungen sowie den ordentlichen zweitägigen Parteitag ist die Simultanübersetzung in Gebärdensprache vorgesehen, weshalb die Kosten gegenüber den Vorjahren insgesamt leicht höher sind.

Die insgesamt rund 350 Stellenprozente sind im Vergleich zu 2019 leicht höher.

### **18. Bildung**

Das Bildungsbudget liegt über dem Budget 2019.

Der Personalaufwand (rund 50 Stellenprozente exkl. Praktikum) und die Sachkosten beinhalten Aufwendungen für die Durchführung der Sommeruni sowie die Erarbeitung von Bildungsmodulen und neu die Durchführung einer Tagung Kommunalpolitik. Ferner gehören zu dieser Kostenstellengruppe auch die Projekte im Bereich Mitgliederwerbung sowie Wirtschaft & Demokratie.

### **19. SP60+**

Der Gesamtaufwand entspricht dem Budget 2019. Im Budget sind 40 Stellenprozente, die Entschädigungen für die Gremien sowie Sachaufwendungen für Konferenzen, Themenanlässe und Kampagnen enthalten.

### **20. SP MigrantInnen**

Das Gesamtbudget bewegt sich im Rahmen des Budgets 2019. Neben 20 Stellenprozent stehen 10 000 Franken für Sachkosten zur Verfügung.

### **21. JUSO**

Gemäss Vereinbarung mit der Juso trägt die SP Schweiz die Personalkosten für die Generalsekretärin der Juso, einen Teil des Bruttolohns der Juso-Präsidentin sowie die gesamten anteiligen Gemeinkosten der Mitarbeitenden der Juso. Der reguläre Kampagnenbeitrag beträgt 15 000 Franken.

## **22. SP Frauen\***

Das Budget SP Frauen\* beinhaltet 50 Stellenprozent (10 zusätzliche Stellenprozent werden durch die SP-Fraktion finanziert). Ferner sieht es einen nahezu gleichbleibenden Sachaufwand für Kampagnen und Versammlungen vor sowie eine Entschädigung der Gremien.

## **23. Publikationen**

Die Gesamtkosten der Publikationen links (6 Ausgaben), socialistes (4 Ausgaben) und ps.ch (4 Ausgaben) sind höher als im Budget 2019. Aufgrund der Entwicklung in den vergangenen Jahren sind tiefere Einnahmen für Inserate und Beilagen budgetiert. Das Mailing an die Empfänger\_innen von links und socialistes, welches in der Vergangenheit jeweils einen Nettoertrag einbrachte, wird seit 2016 jährlich versandt und ist entsprechend der Vorjahre geplant. Für eine geplante grundlegende Analyse der Mitgliederzeitungen (LeserInnenbefragung) sind Mittel unter der Kostenstelle links berücksichtigt.

Für die Redaktion der Publikationen sind insgesamt rund 50 Stellenprozent eingesetzt.

## **24. Kampagnen & Kommunikation**

Der Sachaufwand im Bereich Kampagnen umfasst die Aufwendungen für die Produktion von Abstimmungsmaterialien, die Koordination und Mitarbeit in Komitees und überparteilichen Bündnissen, die Konzeption und Umsetzung von medienwirksamen Aktionen, die Planung und Realisierung von Paid-Media-Kampagnen und Online-Aktivitäten sowie die Publikation der Abstimmungszeitungen. 2020 sind drei Abstimmungszeitungen vorgesehen. In der Abteilung Kampagnen & Kommunikation sind 2020 ohne Praktika rund 360 Stellenprozent geplant. Darunter eine befristete Anstellung von 70% für eine Gleichstellungs-Initiative.

Die Kampagne der voraussichtlich 2020 zur Abstimmung kommenden Transparenz-Initiative sowie die Lancierung der Gleichstellungs-Initiative bilden Schwerpunkte im 2020. Im Weiteren sind Mittel für die voraussichtlich vier Abstimmungstermine sowie allfällige Referenden eingeplant.

Zugunsten der beiden Projekte Transparenz- und Gleichstellungs-Initiative werden Rückstellungen von total 430 000 Franken aufgelöst.

Seit 2018 werden die Fixkosten des E-Fundraising im Bereich Kampagnen & Kommunikation geführt. Im 2020 sind Nettoerträge aus dem E-Fundraising von 56 000 Franken geplant.

## 25. Basis IT

In dieser Kostenstellengruppe werden die Aufwände der Basiskampagnen – insbesondere die Unterstützung der Kantonalparteien und Sektionen bei kantonalen und lokalen Wahlen und Abstimmungen – abgebildet. Im Bereich Basis sind 2020 rund 260 Stellenprozent (exkl. Praktika) geplant.

Die Personalkosten und der Sachaufwand IT werden in den Zentralen Diensten geführt und wie die übrigen Zentralen Dienste (Administration, Infrastruktur) auf die übrigen Kostenstellen umgelegt.

## 26. Fundraising

Die Fundraisingeinnahmen wurden unter Berücksichtigung der effektiven Erträge der vergangenen Jahre budgetiert. Sie entsprechen ungefähr den Einnahmen der Rechnung 2018.

Im Fundraising sind insgesamt 230 Stellenprozente geplant. Durch die Einführung einer neuen Fundraising-Datenbank mit Produktivstart im ersten Quartal 2020 werden Arbeiten, welche bisher durch die Fundraising-Agentur ausgeführt wurden, inhouse erledigt. Die Erhöhung der Stellenprozent betrifft eine Person, welche diese Arbeiten übernehmen wird.

Gemäss der anlässlich der Koordinationskonferenz vom 2. Dezember 2016 zwischen der SP Schweiz und den Kantonalparteien getroffenen Vereinbarung zur Partizipation der Kantonalparteien am Fundraisingergebnis der SP Schweiz ist eine Beteiligung am Fundraising im Umfang von 150 000 Franken geplant.

Von den bestehenden Rückstellungen für Fundraisingprojekte werden 2020 netto 101 000 Franken aufgelöst, und zwar zur Deckung der Abschreibungen aus der Investition in die neue Fundraising-Datenbank sowie für Massnahmen im Rahmen neuer Fundraising-Projekte und im Zusammenhang mit dem 2013 erarbeiteten Legateratgeber.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Genehmigung Budget 2020.



## NACHTRAGSKREDIT FÜR ABSTIMMUNGSKAMPAGNEN 2020

### Kinderabzüge

Die SP Schweiz hat alleine das Referendum gegen den Beschluss der Rechten ergriffen (siehe Begründung für den Nachtragskredit für die Referendumssammlung). Angedacht ist für die Abstimmung ein Bündnis mit den Gewerkschaften und den Grünen, doch wird der Lead und die Hauptlast bei der SP Schweiz liegen. Nach unserer Einschätzung könnte der Abstimmungstermin auf **September 2020** fallen, eventuell auch November 2020. Wir rechnen an der Urne mit einem Erfolg.

**Antrag:** Nachtragskredit im Umfang von **60'000 Franken** für die Führung einer sichtbaren Abstimmungskampagne. Erfahrungsgemäss müssen wir mit Ausgaben in dieser Höhe rechnen.

### Zivildienst

Mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit wird auch der neu zusammengesetzte Nationalrat in der Wintersession der Revision des Zivildienstgesetzes zustimmen und den Zugang zum Zivildienst erschweren. Die Vorlage kommt mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit am Freitag 20. Dezember in die Schlussabstimmung. Der Zivildienstverband CIVIVA wird das Referendum ergreifen, das wir nach Kräften unterstützen (gemäss Beschluss von GL und Präsidium). Im Referendumskomitee dürfte die SP angemessen vertreten sein (Beschlüsse stehen noch aus). Nach unserer Einschätzung wird der **Abstimmungstermin wahrscheinlich auf November 2020** fallen.

CIVIVA ist überparteilich aufgestellt (öffentliche Spitäler, Pro Senectute, Heilsarmee etc.). Die Verbandsspitze wird jedoch von den Grünen gestellt (Lisa Mazzone ist Präsidentin, Nicola Goepfert von BastA! Basel ist Sekretär). Damit wir im breiten Bündnis sichtbar sind und die Abstimmung gewonnen wird, sind bei uns intern alle Kräfte gefordert. Einen Erfolg an der Urne sehen wir vorsichtig positiv.

**Antrag:** Im Abstimmungskampf sind wir Teil des Bündnisses, wollen jedoch sichtbar sein und beantragen daher einen Nachtragskredit im Umfang von **25'000 Franken**.

### Kampfflugzeuge

Ebenfalls in der Schlussabstimmung vom Freitag, 20. Dezember dürfte die Beschaffung neuer Kampffjets beschlossen werden. Eine Koalition, initiiert von der GSOA, wird dagegen das Referendum ergreifen. Wir rechnen damit, dass der **Abstimmungstermin wahrscheinlich auf September 2020** angesetzt wird.

2014 gelang es, die Beschaffung des Gripen zu verhindern. Es wird erneut wichtig sein, die Abstimmungskampagne in einem breiten, mehrheitsfähigen Bündnis zu führen. Hier wollen wir eine Rolle spielen. Einen Erfolg an der Urne halten wir für denkbar.

**Antrag:** Nachtragskredit für die Mitwirkung im Abstimmungsbündnis im Umfang von **15'000 Franken.**

### **Finanzierung**

Diese Abstimmungskampagnen müssen entweder über Einsparungen oder über die Auflösung von Rückstellungen finanziert werden. Darüber hinaus werden wir für jede einzelne Abstimmung eine E-Fundraising-Kampagne durchführen und die so gewonnen Mittel direkt in die entsprechende Kampagne investieren, wobei sich die so gewonnen Gelder heute nicht beziffern lassen.

### **Antrag**

Nachtragskredit zur Finanzierung der oben erwähnten Abstimmungskampagnen im Umfang von **100 000 Franken.**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

## WAHL DER REVISIONSSTELLE

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, BERO Treuhand AG, Roland Laube, Gelterkinden, für die Jahre 2019 und 2020 als Revisionsstelle zu wählen.

## TRAKTANDUM 8

### REFERENDEN

### NEIN ZUM STEUERBONUS FÜR REICHE ELTERN

#### Ausgangslage

Am Anfang stand die Vorlage 18.050 «Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten». Danach sollte der Kinderdrittbetreuungsabzug bzw. dessen Obergrenze von heute 10'100 Franken auf 25'500 Franken angehoben werden. Dies, um Familien mit hohem Einkommen, die keine Kita-Ermässigungen geltend machen können, höhere Kinderdrittbetreuungsabzüge zu erlauben. Die Vorlage hätte 10 Millionen Franken gekostet, davon etwa 2 Millionen zulasten der Kantone. Argument des Bundesrates für die Vorlage: eine Beschäftigungswirkung bei gut qualifizierten Frauen in wohlhabenden Verhältnissen. Die Kantone sowie alle Experten haben die erwarteten Beschäftigungseffekte stark angezweifelt.

In der parlamentarischen Bearbeitung der Vorlage kam aber von bürgerlicher Seite, vornehmlich von SVP und CVP, das altbekannte Argument auf, es sollten nicht nur Familien privilegiert werden, die ihre Kinder drittbetreuen lassen. So kam es zum Einzelantrag von CVP-Nationalrat Philipp Kutter, für alle Familien eine «Entlastung» vorzusehen, also auch für jene, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Dies führte zu einer völlig willkürlichen Entscheidung, in die Vorlage über die Drittbetreuungskosten eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6500 Franken auf 10'000 Franken einzubauen. Dadurch resultierte eine gewaltige Aufblähung der Steuerfolgen bzw. der Ausfälle: Statt 10 Millionen Franken kommt es nun zu Steuerausfällen von 350 Millionen Franken (davon 74 Millionen zulasten der Kantone).

Obwohl es hier um 350 Millionen Franken geht, fand der Beschluss ohne Vorberatung in der Kommission statt. Er war auch nicht Gegenstand einer Vernehmlassung und damit eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens. Eine Gesamtschau bzw. ein Vergleich der Belastung für verschiedene Haushaltstypen war nicht möglich. Die Kantone lehnen diesen Beschluss deshalb kategorisch ab. Die Ausfälle von 74 Millionen Franken würden den Handlungsspielraum der Kantone für die Entlastung von Familien mit Kindern einschränken, kritisieren die kantonalen Finanzdirektor\_innen.

Entgegen der Empfehlung des Bundesrats stimmte die rechtskonservative Mehrheit im Bundeshaus am 27. September 2019 für dieses Steuergeschenk für die Reichen. Noch am gleichen Tag beschloss das Präsidium der SP Schweiz das Referendum dagegen. Die Unterschriftensammlung begann am 8. Oktober 2019 und läuft bis zum 16. Januar 2020.

## Würdigung der Vorlage

Wirksame Familienpolitik geht nicht über Steuern. Von Steuerabzügen – erst recht bei der direkten Bundessteuer – profitieren immer nur die höchsten Einkommen. Die vorliegende Gesetzesänderung zeigt dies eindrücklich auf: 44% der Familien zahlen keine direkte Bundessteuer, können also nicht vom Steuerabzug profitieren.

615'340 der auf Bundesebene steuerpflichtigen Haushalte mit unterstützungsberechtigten Kindern, das sind rund zwei Drittel der Familien, würden gerade einmal 10% des Bonus abbekommen. Über 70% des Bonus von 350 Millionen Franken würden an rund 215'000 gutsituierte Haushalte mit einem steuerbaren Einkommen über 100'000 Franken gehen. Das sind gerade einmal rund 21,8% der steuerpflichtigen Haushalte mit unterstützungsberechtigten Kindern oder 5.8% aller Haushalte in der Schweiz. Die restlichen fast 95% der Bevölkerung müssten mit tieferen Leistungen der Kantone bei Bildung, Prämienverbilligungen und anderen staatlichen Leistungen dafür bezahlen. Das ist ein weiterer unverschämter Steuer-Bschiss am Mittelstand.

Dieser Geldsegen, der mit der goldenen Giesskanne über die höchsten Einkommen ausgeschüttet werden soll, wird ohne Wirkung bleiben. 70% gehen an hohe und sehr hohe Einkommen, deshalb handelt es sich um einen Reichen-Bonus. Dabei beträgt die höchste mögliche Erleichterung 910 Franken, was angesichts der hohen Einkommen, die vor allem davon profitieren, eben trotzdem «wenig» ist und damit gleich noch einmal sinnlos verpufft (bzw. verpulvert wird). In den Worten von Finanzminister und SVP-Bundesrat Ueli Maurer: «Die Massnahme hat keine Wirkung im Ziel!» Kinderabzüge für alle reduzieren die Anreize, auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, was dem eigentlichen Ziel der Vorlage diametral widerspricht.

Im Vergleich zu den Löhnen der grossen Mehrheit der Bevölkerung sind die oberen und obersten Löhne in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen. Diese oberen Einkommen nun zusätzlich zu privilegieren, schafft damit eine doppelte Steuerungerechtigkeit. Vom Steuerbonus, den SVP, CVP und FDP durchgeboxt haben, würden ausgerechnet jene Einkommensklassen profitieren, deren Löhne in den vergangenen Jahren am meisten gestiegen sind.

Steuern sind kein probates Mittel für die Familienpolitik. Bei Abzügen gehen Familien mit tiefen Einkommen sowie Alleinerziehende leer aus, während die hohen Einkommen profitieren. Familienpolitik sollte deshalb vielmehr über eine höhere Beteiligung der öffentlichen Hand an der familienergänzenden Kinderbetreuung erfolgen.

Wenn schon via Steuern, dann bevorzugt die SP Steuergutschriften, von denen alle gleichermassen profitieren. Steuerabzüge führen zu einer mit steigenden Einkommen ansteigenden Entlastung. Für die einkommensschwachen und -schwächsten Familien bringt der Steuerabzug deshalb kaum Entlastung. Anders bei Steuergutschriften (tax credits), die direkt vom Steuerbetrag statt vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Mit diesem Instrument lassen sich sowohl die Grundsätze der Besteuerung nach wirtschaftlicher

Leistungsfähigkeit als auch jener des sozialen Ausgleichs in transparenter Weise unter einen Hut bringen.

Von der aktuellen Vorlage profitieren nur die höchsten Einkommen. Sie ist aber nicht nur höchst unsozial, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht schädlich. Denn indem alle Familien den Abzug geltend machen können, entfällt die ursprünglich gewünschte Beschäftigungswirkung. Es gilt diese Gesetzesänderung also aus doppelter Hinsicht abzulehnen!

**Empfehlung der Geschäftsleitung<sup>2</sup>:** NEIN zum Steuerbonus für reiche Eltern. Unterstützung des Referendums.

---

<sup>2</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

# ÄNDERUNG DES ZIVILDIENTSGESETZES

## Kontext

Die harte Rechte fand sich nie damit ab, dass das Grundrecht auf Zivildienst nach mehreren gescheiterten Anläufen 1992 mit 82.5% der Stimmenden in der Bundesverfassung verankert wurde. Noch weniger gefiel ihr, dass sich der Zivildienst nach seiner Einführung 1996 zu einer grossen Erfolgsgeschichte entwickelte. Noch ideologischer und grimmiger wurde der Kampf gegen den Zivildienst, nachdem seit dem 1. April 2009 im Zulassungsverfahren die «Tatbeweislösung» gilt: Wer Zivildienst leisten will, muss keine «Gewissensprüfung» mehr bestehen; es genügt, dass er erklärt, aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten zu wollen, und bereit ist, den deutlich länger dauernden Zivildienst zu leisten.

Zunächst lehnten Bundesrat und Parlament seit 2010 alle Angriffe auf den Zivildienst ab. Erst 2018/19 kippten die Mehrheiten. Anfang 2019 beantragte der Bundesrat mit der unglaublich schwachen Begründung, er schliesse «mittelfristig eine Gefährdung des Sollbestandes der Weiterentwicklung der Armee nicht aus», den Zugang zum Zivildienst massiv zu erschweren.

Der Ständerat stimmte im Herbst 2019 sieben der acht beantragten Zugangserschwernissen zu. Leider könnte auch der Nationalrat die von der SP von Beginn an bekämpfte Vorlage in der Wintersession durchwinken. Der Zivildienstverband CIVIVA bereitet deshalb in einer breit abgestützten Koalition die Lancierung des Referendums «Rettet den Zivildienst!» vor. Diese wird wohl in den Monaten Januar bis März 2020 über 50 000 Unterschriften sammeln müssen. Die Volksabstimmung könnte so am 27. September 2020 oder 29. November 2020 stattfinden.

**Antrag der Geschäftsleitung**<sup>3</sup>: Falls der Nationalrat an den klar grundrechtswidrigen Massnahmen 1, 2 und 5 festhält, so unterstützt die SP die Lancierung des Referendums „Rettet den Zivildienst!“ und beschliesst die NEIN-Parole zur Änderung des Zivildienstgesetzes.

## Dies namentlich aus folgenden sechs Gründen:

**1. Die Alimentierung der Armeebestände ist nicht gefährdet.** Der Bundesrat legte in drei Berichten 2010, 2012 und 2014 ausführlich dar, dass die Abgänge zum Zivildienst auch nach Einführung der Tatbeweislösung die Alimentierung der Armeebestände nicht gefährden. Zum gleichen Schluss kam der Bericht der «Studiengruppe Dienstpflichtsystem», den der Bundesrat 2016 zur Kenntnis nahm. Diesen Befund bestätigten indirekt sogar der Vernehmlassungsbericht 2018 und die Botschaft 2019 zur Revision des Zivildienstgesetzes. Sie enthalten allein den dürren Satz: «*Aufgrund der Entwicklung der Zulassungszahlen beim Zivildienst und der Alimentierungssituation der Armee kann eine Gefährdung des mit der*

<sup>3</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

*Weiterentwicklung der Armee (WEA) vorgesehenen Sollbestandes von 100 000 mittelfristig nicht ausgeschlossen werden.»* Eine derart windige «Kann»-Formulierung vermag den vorliegenden Frontalangriff auf den Zivildienst nicht zu begründen. Denn die Armeeauszählung 2019 vom 18. September 2019 zeigt auf, dass die Armeebestände von einer Gefährdung weit entfernt sind: (a) Der Effektivbestand der Armee war am 01. März 2019 höher als gesetzlich zugelassen ist. Die Armeeeorganisation erlaubt «höchstens» 140 000. Es waren aber 140 304. (b) Der Armeebestand stieg seit Einführung der WEA um 5 500 an. So viele traten mehr in die Armee ein als aus. (c) Dieser Zuwachs ist umso bemerkenswerter, als aufgrund der Umstellung von drei auf zwei Rekrutenschulen die Zahl der Stellungspflichtigen um rund 5 000 zurückging. Diese 5 000 tauchen später wieder in der Statistik auf. Dann wird der Überbestand weiter zunehmen. (d) Die Abgänge zum Zivildienst gingen 2018 um 8.5% zurück. Der Rückgang setzte sich 2019 fort. (e) Die Rekruten der nächsten 20 Jahre sind schon geboren, Tendenz stabil bis steigend. Kurz: Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass die Armeebestände gefährdet sein könnten. Die Angstkampagne ist frei erfunden.

**2. Statt zu jammern, sollte die Armee ihre Hausaufgaben machen:** Es gibt Formationen mit Überbeständen von 339%. Es ist nicht das Problem des Zivildienstes, dass es deswegen in anderen Truppengattungen Unterbestände hat. Vielmehr hat die Armee die interne Verteilung der Soldaten nicht im Griff. Spesenskandale, fehlgeleitete Beschaffungsprojekte und lange unentdeckt gebliebene Hackerangriffe auf RUAG und VBS zeigen, dass die Armee besser ihre Hausaufgaben machen und in ihren Ruf investieren würde, statt den Zivildienst schlecht zu reden. Es gibt sehr viel Luft nach oben, um den Militärdienst attraktiver, effizienter und anständiger zu gestalten und mehr sinnerfüllte Einsätze zu organisieren.

**3. Der Zivildienst ist eine grosse Erfolgsgeschichte.** Der Zivildienst ist seit seiner Einführung 1996 zu einer wichtigen Institution geworden, die weit über die Leistung eines Ersatzdienstes hinausweist. Der Zivildienst vermittelt wichtige Lebenserfahrungen, erfüllt wertvolle soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben und stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Er funktioniert in seiner heutigen Form sehr gut und ist effizient organisiert. Die vorgeschlagene Änderung des Zivildienstgesetzes ist gegen den Zivildienst an sich gerichtet und stellt diesen grundsätzlich in Frage. Es hilft weder der Armee noch dem Zivildienst, wenn die Zulassung mit fragwürdigen Massnahmen erschwert wird.

**4. Einige Massnahmen sind grundrechtswidrig und verstossen gegen das Völkerrecht.** Massnahme 1 schreibt mindestens 150 Zivildiensttage vor. Wer am Ende seiner Wehrpflichtzeit in einen Gewissenskonflikt kommt, müsste nach der Gesetzesrevision nicht wie heute anderthalb Mal so lange Ersatzdienst leisten, sondern unter Umständen zehn, zwanzig oder gar hundert Mal länger. Das verstösst gegen Grundrecht und gegen das Völkerrecht, das ein Recht auf Zivildienst aus Gewissensgründen ohne Strafcharakter vorsieht. Ebenso gegen Grundrecht und Völkerrecht verstösst Massnahme 2, die eine Wartefrist von 12 Monaten vorsieht. Der Gesuchsteller müsste also trotz seines Gewissenskonfliktes noch 12 Monate weiter im Militärdienst ausharren, bevor er zum Zivildienst zugelassen werden könnte. Auch Massnahme 5 verstösst gegen Grund- und Völkerrecht. Armeeeingehörige mit null



Restdiensttagen sollen nicht mehr zum Zivildienst zugelassen werden können. Sie könnten aber trotz ihres Gewissenskonfliktes weiterhin zum Assistenz- und Aktivdienst aufgeboden und damit in den Krieg geschickt werden.

**5. Bürokratisierung und unhaltbare Vorurteile zulasten der Zivildienstleistenden.** Massnahme 4 sieht vor, dass Personen im Zivildienst, die ein Medizinstudium begonnen oder abgeschlossen haben, keine berufsbezogenen Erfahrungen sammeln dürfen. Dies schafft ungleiches Recht und widerspricht dem Milizgedanken, der zivile Kenntnisse für den Dienst an der Gemeinschaft fruchtbar machen will. Eine bürokratische Schikane bildet Massnahme 6, die ab Zulassung eine jährliche Einsatzpflicht vorschreibt, ebenso Massnahme 7 mit der Pflicht, den langen Einsatz spätestens im Kalenderjahr nach der rechtskräftigen Zulassung abzuschliessen, falls das Gesuch während der RS gestellt wird. Dahinter stehen Vorurteile gegen so genannte «Abschleicher», die auf Vorverurteilung, Unterstellungen und fehlender Wertschätzung von Personen mit schwerem Gewissenskonflikt beruhen und die bereit sind, eineinhalb Mal länger ihren Dienst an der Gemeinschaft zu leisten als Angehörige der Armee. All diese grundrechtswidrigen und bürokratischen Massnahmen treffen also überwiegend die Falschen, bei denen der Gewissenskonflikt unzweifelhaft gross ist.

**6. Die Vorlage schadet der Armee.** Die Armee vermittelt mit dieser Vorlage den Eindruck, sie könne sich nur mit einem Frontalangriff auf den Zivildienst halten. Ganz so schlecht ist es wohl nicht um sie bestellt. Aufgrund der drakonischen Verlängerung der Ersatzdienstpflichtdauer für bestimmte Gruppen könnten Armeeangehörige trotz schwerem Gewissenskonflikt weiterhin Militärdienst leisten, obschon sie sich innerlich komplett vom Militärdienst verabschiedet haben. Auch dies hilft niemandem. Zudem dürfte die Anzahl Wehrpflichtige, die den «blauen Weg» über eine medizinische Ausmusterung wählen, wieder zunehmen. All diese Wirkungen einer missratenen Vorlage schaden letztlich der Armee selbst.

## PLANUNGSBESCHLUSS ÜBER DIE BESCHAFFUNG NEUER KAMPFFLUGZEUGE

### Kontext

Im Mai 2014 lehnten 53,4% der Stimmenden das Gripen-Fonds-Gesetz ab und damit die Beschaffung von 22 Gripen Kampfflugzeugen für 3 Milliarden als Tiger-Ersatz. Für die SP war klar, dass es eine neue Volksabstimmung braucht, um über die allfällige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu entscheiden. Auch forderte die SP stets eine Finanzierung über das normale Budget. Beide Ziele werden erreicht, indem das Parlament vor der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge einen referendumsfähigen Planungsbeschluss verabschiedet.

Die SP signalisierte deshalb im Vernehmlassungsverfahren, auf einen Planungsbeschluss einzutreten. Gleichzeitig forderte die SP einen sehr viel inhaltsreicheren Entwurf, der eine qualifizierte Diskussion über alternative Konzepte zur Gewährleistung der Luftraumsicherheit wie „Air2030plus“ der SP ermöglicht. Den Grundstein für „Air2030plus“ legte ein Positionspapier der SP Delegiertenversammlung vom Oktober 2017 in Olten.

Der Bundesrat verweigert jedoch jede Diskussion über sein untaugliches Konzept Air2030. Er will unterstützt von der bürgerlichen Mehrheit einen völlig inhaltsleeren, konzeptlosen Planungsbeschluss vor das Volk bringen. Die SP beantragte im Ständerat deshalb in der Herbstsession 2019 Rückweisung an den Bundesrat, dies verbunden mit dem Auftrag, im Planungsbeschluss ein vierdimensionales Konzept zur Luftraumsicherheit vorzulegen einschliesslich bodengestützte Mittel, Radarüberwachung und C2Air (neues Führungssystem); zudem sei die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung und Frühwarnung sowie zwischen den Luftstreitkräften der Nachbarländer auszubauen.

Dieser Rückweisungsantrag scheiterte im Ständerat mit 13 : 30 Stimmen. Alle SP und der Grüne stimmten für Rückweisung, der Bürgerblock geschlossen dagegen. Die SP wird im Nationalrat weiterhin für ihr alternatives Luftraumkonzept kämpfen, das doppelte Sicherheit zum halben Preis ermöglicht. Die Chancen, damit in der Wintersession 2019 eine parlamentarische Mehrheit zu finden, sind aber gering. Umso wichtiger ist es, diese Konzeptdiskussion im Rahmen einer Volksabstimmung führen zu können. Eine Koalition von Parteien und Organisationen bereitet die Lancierung des Referendums vor. Die über 50 000 Unterschriften werden wohl in den Monaten Januar bis März 2020 gesammelt werden müssen. Die Volksabstimmung dürfte damit am 27.09.2020 stattfinden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung<sup>4</sup>:** Hält der Nationalrat am inhaltsleeren Planungsbeschluss zur Beschaffung von Luxus-Höchstleistungskampfflugzeugen für sechs Milliarden fest und lehnt die SP Anträge für die Nutzungsdauerverlängerung der vorhandenen F/A-18 Hornet mittels eines leichten Kampfflugzeuges für alltägliche Luftpolizei und für einen

<sup>4</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

besseren Radar, bessere Führungssysteme und bessere bodengestützte Verteidigung ab, so unterstützt die SP die Lancierung des Referendums und beschliesst die NEIN-Parole zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

**Dies namentlich aus folgenden sechs Gründen:**

**1. Doppelte Sicherheit gibt es zum halben Preis.** Im alternativen Konzept „Air2030plus“ der SP steht die Hauptlast der Luftraumsicherheit auf vier Säulen: leichtes Kampfflugzeug, besserer Radar, besseres Führungssystem und bessere bodengestützte Abwehr. Deren Verfügbarkeit ist weit höher als von Höchstleistungs-Kampfflugzeugen, die für den sehr aufwändigen Unterhalt meist im Hangar stehen. Für den Luftpolizeidienst reicht in fast allen Szenarien ein leichtes Kampfflugzeug. Dieses ist ein Vielfaches kostengünstiger. Damit werden die vorhandenen F/A-18 Hornet geschont und deren Nutzungsdauer weit in die 2030er Jahre verlängert. Sie bleiben für robustere Szenarien verfügbar. Dies spart für Beschaffung und Betrieb viel Geld, schont die Umwelt und das Klima und macht weniger Lärm. Air2030plus erfordert Investitionen von höchstens vier Milliarden statt acht, die das VBS fordert. Und die Sicherheit ist viel höher: Doppelte Sicherheit zum halben Preis.

**2. Luxus-Höchstleistungsflugzeuge für absurde Szenarien:** Der Bundesrat will allein für Höchstleistungs-Kampfflugzeuge sechs Milliarden Franken ausgeben. Diese sind so teuer, weil sie viele Luxus-Fähigkeiten haben, welche die Schweiz gar nicht braucht. So kann der Tarnkappenbomber F-35 unerkannt nach Moskau fliegen, um dort Bomben abzuwerfen. Auch die Superhornet unterscheidet sich von den aktuellen F/A-18 Hornet kaum, ausser dass sie viel grösser und schwerer ist und aus diesem Grund deutlich weiter fliegen kann. Wozu? Die Schweiz plant keine Schläge tief im Feindesland. Solche Luxus-Spielzeuge für Militärpiloten sind extrem teuer, bringen aber keine zusätzliche Sicherheit.

**3. Die geplante Ein-Typen-Luftwaffe funktioniert nicht.** Air2030 sieht vor, dass die Kampfpiloten auf Turboprop-Pilatustrainern PC-21 ausgebildet werden und dann direkt ins Cockpit der neu zu beschaffenden Höchstleistungs-Kampfflugzeuge sitzen. Das ist extrem riskant. Andere Luftwaffen sehen eine weitere Ausbildungsschleife auf einem Jettrainer vor. Auch deshalb macht die alternative Beschaffung eines leichten und kostengünstigen Kampfflugzeuges Sinn: es ist auch für Ausbildungszwecke unverzichtbar. Die Piloten sind dann fit, um im (ohnehin höchst unwahrscheinlichen) Fall der Fälle die nach wie vor hochmodernen und leistungsfähigen F/A-18 Hornet zu fliegen, die wir schon haben.

**4. Unerträglich viel Lärm, Gestank, CO2 und Kosten für nichts.** Alltägliche Luftpolizei ist wichtig. Der Schweizer Luftraum wird äusserst intensiv genutzt. Immer wieder will ein Schlaumeier Gebühren sparen und schaltet den Transponder ab, also den eigenen Radar, welcher der Erkennung dient. Dann muss die Luftwaffe ein Flugzeug losschicken, das den Schlaumeier identifiziert und etwas mit den Flügeln wackelt. Die Luftwaffe fliegt bis zu 400 solcher Einsätze pro Jahr. Air2030 will dafür Tarnkappenbomber oder andere riesige Höchstleistungs-Kampfflugzeuge losschicken. Das ist absurd. Ein leichtes Kampfflugzeug

kann das auch, macht viel weniger Lärm, Gestank, CO2 und Kosten. Und kann erst noch deutlich länger in der Luft verweilen und erfordert ein Vielfaches weniger Unterhalt.

**5. Der Luftraumschirm von Air2030 besteht vorab aus riesigen Löchern: das Sicherheitsversprechen ist ein schlechter Witz.** Höchstleistungs-Kampfflugzeuge brauchen eine Kaverne sowie Start- und Landebahnen. Im (ohnehin höchst unwahrscheinlichen) Fall eines geballten Angriffs auf die Schweiz wären diese mittels Fernlenkwaffen innert weniger Stunden zerstört. Hinzu kommt, dass keine intelligente Luftwaffe einen Angriff aus der Luft mittels Höchstleistungs-Kampfflugzeugen abwehrt, weil das viel zu riskant ist. Israel etwa nutzt dafür fast nur Lenkwaffen. Diese sind ständig verfügbar und viel kostengünstiger. Am wahrscheinlichsten sind heute terroristische Risiken mit Drohnen aller Art, sehr tief und langsam fliegende Leichtflugzeuge voller Sprengstoff oder sehr tief und äusserst schnell fliegende Marschflugkörper. Dies erfordert andere Antworten als Höchstleistungs-Kampfflugzeuge. Air2030 hat auf all diese Gefährdungen – etwa für das internationale Genf! – keine taugliche Antwort. Der versprochene Luftraumschirm besteht überwiegend aus riesengrossen Löchern, von Luftraum-Sicherheit keine Spur.

**6. Es gibt Alternativen, die kostengünstig sind und vertieft geprüft werden müssen.** Ein Planungsbeschluss ist keine Beschaffungsvorlage. Ein Planungsbeschluss erteilt dem Bundesrat den Auftrag, im Rahmen definierter Leitplanken vertiefte Abklärungen zu treffen. Die SP vermisst eine qualifizierte Debatte über alternative Konzepte wie Air2030plus und weist deshalb den aktuellen Planungsbeschluss zurück. Air2030plus gibt schlüssige und äusserst kostengünstige Antworten – auch auf neue Risiken aus der Luft wie Drohnen, Leichtflugzeuge und Lenkwaffen. Auch für den höchst unwahrscheinlichen Verteidigungsfall sind ein besserer Radar, bessere Führungssysteme und bessere bodengestützte Interventionsmittel weit wirksamer als eine Eintypen-Luftwaffe mit superteuren Höchstleistungs-Kampfflugzeugen. Deshalb sagen wir NEIN zum inhaltsleeren Freipass des Bundesrates.

## REFERENDUM GEGEN DAS «BUNDESGESETZ ÜBER ELEKTRONISCHE IDENTIFIZIERUNGSDIENSTE» (E-ID-GESETZ)

### Ausgangslage

Mit diesem neuen Gesetz soll die Möglichkeit einer persönlichen elektronischen Identifizierung im Internet durch Schaffung einer E-ID geregelt werden. Durch eine solche E-ID sollen sich Menschen im Internet online ausweisen und registrieren können, um bei Online-Portalen staatliche oder private Leistungen in Anspruch zu nehmen (z.B. Behördenkontakte, e-commerce). Das Verfahren zur Ausstellung einer solchen E-ID soll ein Zusammenspiel zwischen Staat und Privaten sein: Die Überprüfung der Identität der Person vor der Ausstellung einer E-ID soll der Staat machen, die Ausstellung der E-ID an sich soll hingegen durch private Anbieter/innen (sog. Identity-Provider) gemacht werden.

Das E-ID-Gesetz wurde in der Herbstsession im September 2019 vom Nationalrat mit 144:51 Stimmen bei 2 Enthaltungen und vom Ständerat mit 35:2 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Die SP-Fraktion lehnte das Gesetz grossmehrheitlich ab.

### Würdigung der Vorlage

Auch die Geschäftsleitung unterstützt eine gesetzliche Regelung einer persönlichen elektronischen Identifizierung im Internet. Denn dies entspricht in der digitalisierten Gesellschaft einem zunehmenden Bedürfnis von Konsumentinnen und Konsumenten. Doch für die Geschäftsleitung ist klar, dass die Ausstellung einer solchen E-ID genau wie bei einem Pass eine staatliche, öffentliche Aufgabe sein muss. Dies darf nicht dem privaten Markt überlassen werden. Die Risiken für Datenschutz und Datensicherheit sind dafür zu gross. Solche Anträge der SP wurden im National- und Ständerat allerdings von der bürgerlichen Mehrheit deutlich abgelehnt. Um eine gesetzliche Regelung für eine staatliche, sichere und vertrauenswürdige E-ID zum Wohle der Konsumentinnen und Konsumenten zu ermöglichen, muss dieses Gesetz mit einer privaten Ausstellung der E-ID deshalb mit dem Referendum bekämpft werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung<sup>5</sup>:** Unterstützung des Referendums.

---

<sup>5</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

## **JAGDGESETZ – UNTERSTÜTZUNG DES VON DEN NATUR-SCHUTZORGANISATIONEN ERGRIFFENEN REFERENDUMS**

**Die von den nationalen Räten beschlossene Gesetzesrevision zum eidgenössischen Jagd- und Schutzgesetz (Bundesgesetz über Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel, JSG) schießt weit über das ursprüngliche Ziel des pragmatischen Umgangs mit dem Wolf hinaus.** Statt zu einer sanften Regulierung der Bestände führt die Revision beim Wolf zu Abschüssen auf Vorrat. Es ist nicht als pragmatischer Kompromiss beim Wolfsmanagement zu betrachten, sondern vielmehr als eine inakzeptable Schwächung des Artenschutzes. Die Rückkehr der Wölfe wird zum Anlass genommen, um weitreichende Abschüsse geschützter Tierarten durchzusetzen. Aber nicht nur der Wolf, sondern die Natur generell, geschützte Säugetiere und Vögel sowie der Tierschutz kommen dadurch unter Druck: So wird nun auch der Schutz von Biber, Graureiher oder Höckerschwan und anderer geschützter Tierarten in Frage gestellt.

Des Weiteren wird mit dem neuen JSG die Entscheidungskompetenz über die Regulierungen an die Kantone delegiert. Der Bund muss lediglich noch angehört werden und entledigt sich so seiner verfassungsrechtlichen Verantwortung. Die ursprüngliche Motion Engler, welche die ganze Gesetzesrevision veranlasst hat, verlangte dies nicht. Zudem erfordert die Berner Konvention über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Europarat) ein einheitliches Vorgehen beim Wolfs- und Artenschutz, denn Wildtiere kennen weder Kantons- noch Landesgrenzen. Dass in allen Kantonen die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen für Monitoring und Regulierung geschützter Arten vorhanden sind, muss zudem bezweifelt werden. Die heutige Kompetenzordnung basiert auf dem bewährten Grundsatz «Jagd bei den Kantonen, Schutz beim Bund» – dies garantiert die nötige Rechtssicherheit. Diese Revision wird zu kantonalen Diskrepanzen im Umgang mit der jeweiligen Tierart führen.

**Die Naturschutzorganisationen haben deshalb am 8. Oktober 2019 das Referendum gegen das JSG ergriffen.** Sie sind der Meinung, dass es nur ein Referendum gegen dieses missratene Jagdgesetz ermöglicht, ein neues Gesetz mit Augenmass und für einen zeitgemässen Schutz der einheimischen Artenvielfalt zu schaffen. Die SP Schweiz hat bereits im Mai kommuniziert, dass sie ein allfälliges Referendum gegen das Jagdgesetz unterstützen wird.

Da sich in den parlamentarischen Beratungen keine Verbesserungen mehr im JSG ergeben haben, halt die SP Schweiz an ihrer Meinung fest:

**Die SP Schweiz unterstützt das Referendum gegen das eidgenössischen Jagd- und Schutzgesetz JSG und beteiligt sich an der Unterschriftensammlung** (allerdings ohne Quotenverpflichtung).

**Empfehlung der Geschäftsleitung<sup>6</sup>:** Unterstützung des Referendums.

---

<sup>6</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

## TRAKTANDUM 9

### PAROLENFASSUNG FÜR DIE EIDG. ABSTIMMUNG AM 9. FEBRUAR 2020

### ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES UND DES MILITÄRSTRAFGESETZES (DISKRIMINIERUNG UND AUFRUF ZU HASS AUFGRUND DER SEXUELLEN ORIENTIERUNG)

#### Ausgangslage

Mit dieser Ergänzung soll neu das Merkmal «sexuelle Orientierung» in die Antirassismus-Strafnorm im Strafgesetzbuch (und ins Militärstrafgesetz) aufgenommen werden. Dadurch würde der öffentliche Aufruf zu Hass und Hetze gegen homosexuelle und bisexuelle Menschen neu strafbar.

Diese Ergänzung geht auf eine Parlamentarische Initiative des SP-Nationalrates Mathias Reynard zurück. Der Nationalrat nahm diese Vorlage im Dezember 2018 deutlich mit 121:67 Stimmen (8 Enthaltungen) an. Der Ständerat sagte mit 30:12 Stimmen (1 Enthaltung) JA.

Dagegen ergriffen die EDU, die Junge SVP und weitere reaktionäre Gruppen das Referendum. Dieses kam am 7. Mai 2019 mit 67 494 Unterschriften zustande.

#### Würdigung der Vorlage

Diese Ergänzung ist ein notwendiger Schritt für einen besseren Diskriminierungsschutz von LGB-Personen. Denn auch in der Schweiz haben homo- und bisexuelle Personen stark unter Diskriminierungen zu leiden. Hier besteht entsprechend Handlungsbedarf. Die Geschäftsleitung ist davon überzeugt, dass eine Erweiterung der Anti-Rassismusstrafnorm dafür der richtige Weg ist: Denn bislang sind LGB-Personen strafrechtlich nur gegen Diffamierungen gegen sie als Person, nicht aber gegen die LGB-Gemeinschaft als solche geschützt. Diese Lücke im strafrechtlichen Schutz muss analog zur Rassendiskriminierung geschlossen werden. Zahlreiche andere europäische Länder wie z.B. Frankreich, Österreich, Niederlande, Dänemark und Grossbritannien haben dies bereits getan.

LGB-Personen sind auf diese Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm angewiesen, denn sie bietet erstmals Schutz vor öffentlichem Aufruf zu Hass und Hetze. Es darf nicht sein, dass öffentlich dazu aufgerufen werden darf, Lesben und Schwule zu diskriminieren, zu heilen oder anzugreifen – doch ohne diese Vorlage bliebe das weiterhin straflos. Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung deshalb einstimmig die JA-Parole zu dieser Vorlage. Gleichzeitig bedauert die SP, dass es nicht gelungen ist, auch trans und inter Menschen diesem erhöhten Schutz zu unterstellen. Die SP wird sich weiter für die Rechte der gesamten LGBTQIA-Community einsetzen!

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** JA-Parole.



## **VOLKSINITIATIVE «MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN»**

### **Ausgangslage**

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes wurde am 18. Oktober 2016 eingereicht. Die SP hat die Initiative von Anfang an unterstützt. Die Initiative verlangt vom Bund und von den Kantonen ein verstärktes Engagement zu Gunsten des preisgünstigen Wohnraums und die Erhöhung des Anteils der gemeinnützigen Wohnungen. Weiter will die Initiative verhindern, dass Förderprogramme der öffentlichen Hand zu Leerkündigungen und Luxussanierungen führen. Als Ziel und Kernforderung sollen gesamtschweizerisch 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern erstellt werden. Die Initiative schafft einen nationalen Rahmen, der heute fehlt, und lässt für die Umsetzung die nötige Flexibilität, um auf die Bedürfnisse in den Kantonen zu antworten. Die Kantone und Gemeinden sollen allerdings ermächtigt werden, zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus für sich ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einzuführen. Zudem soll der Bund den Kantonen und Gemeinden beim Verkauf von Grundstücken des Bundes oder bundesnaher Betriebe ein Vorkaufsrecht einräumen.

Der Bundesrat hat die Initiative abgelehnt. Die geforderten Markteingriffe seien weder nötig noch realistisch. Er verzichtete auch auf einen direkten Gegenvorschlag, räumte dann aber doch noch ein, «dass es regional und für verschiedene Bevölkerungsgruppen schwierig bleibt, eine angemessene und finanziell tragbare Wohnung zu finden». Er schlug deshalb in einem indirekten Gegenvorschlag vor, den Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus um 250 Millionen Franken aufzustocken, damit der gemeinnützige Wohnungsbau seinen aktuellen Marktanteil von rund vier Prozent längerfristig halten könne. Diese Aufstockung wurde aber mit der Bedingung verknüpft, dass die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» von Volk und Ständen abgelehnt wird. Die SP hat diese erpresserische Verknüpfung des Rahmenkredits mit der Ablehnung oder dem Rückzug der Wohninitiative kritisiert: Die Voraussetzungen für die Aufstockung des Fonds de Roulement für den gemeinnützigen Wohnungsbau seien nachweislich gegeben, ohne dafür einen künstlichen Zusammenhang zur Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» herstellen zu müssen. Die SP forderte ausgehend von der hohen Nachfrage der letzten Jahre eine Aufstockung des Fonds um mindestens 375 Millionen Franken.

Das Parlament ist am 22. März 2019 in den Schlussabstimmungen dem Bundesrat gefolgt, der Nationalrat hat die Initiative mit 140 zu 56 Stimmen abgelehnt und mit der Aufstockung des Rahmenkredits um 250 Mio. Fr. verbunden, der Ständerat mit 30 zu 13 Stimmen.

## **Würdigung der Vorlage**

Die Initiative verfolgt Kernforderungen der SP bezüglich des gemeinnützigen Wohnungsbaus und des Kampfs gegen die Bodenspekulation. Dass ein Bedarf nach preisgünstigen Wohnungen besteht und wächst, bestätigt der Bund in seinem Bericht zur Volksinitiative selbst. Die Leerwohnungsziffer ist namentlich in den Städten und Agglomerationen immer noch sehr tief. So schreibt der Bundesrat: «Besonders die Wohnversorgung von Haushalten mit geringem Einkommen und solchen mit spezifischen Bedürfnissen (ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen etc.) bleibt trotz regionaler Marktentspannung schwierig. Zum Beispiel hat eine kürzlich im Rahmen des «Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut in der Schweiz» durchgeführte Untersuchung (von 2016) gezeigt, dass 84 Prozent aller von Armut betroffenen Haushalte eine unangemessene Wohnsituation kennen. Bei gut vier Fünfteln (80 Prozent!) dieser Haushalte machen die Wohnkosten über 30 Prozent des Bruttoeinkommens aus, was zu Einschränkungen in anderen Lebensbereichen führt. Als besonders kritisch wird die Situation in den Städten beschrieben.» Weil aber gleichzeitig laufend preisgünstiger Wohnraum verloren geht, beispielsweise durch Sanierungen und Ersatzneubauten, bleibt die Wohnungsverorgung gerade für Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen schwierig. Mit entsprechenden Kostenfolgen: Weit über eine Milliarde Franken (1,3 Mrd. Fr. 2013) werden jedes Jahr als Wohnkostenbeiträge im Rahmen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV oder der Sozialhilfe ausgegeben. Diese Kosten sind in der Vergangenheit immer weiter angestiegen.

Die SP Schweiz hat konsequent die Disfunktionalitäten auf dem Wohnungsmarkt nachgewiesen und immer wieder betont, dass den Schweizer Miethaushalten wegen den zu hohen Mieten Milliardenbeträge verloren gehen. Wären die Referenzzinssatzsenkungen seit 2009 konsequent weitergegeben worden, so würden die Mieterinnen und Mieter heute 7 Milliarden Franken weniger Miete bezahlen. Eine 2018 publizierte Studie der Raiffeisenbank zeigte, dass die Mieten gegenüber den gesetzlichen Vorgaben um 40 Prozent zu hoch sind, was sogar einem Aufschlag von 15 Milliarden Franken entsprechen würde. Dies kommt einem gravierenden «Marktversagen» gleich. Die Ignoranz auf Bundesebene gegenüber diesen unerwünschten Entwicklungen ist inakzeptabel und führt dazu, dass Städte und Kantone bei ihren Massnahmen gegen diese volkswirtschaftlichen Missstände alleine gelassen werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole.**

## TRAKTANDUM 10

### RESOLUTIONEN, ANTRÄGE UND WAHLGESCHÄFTE

#### A-1 RONJA JANSEN UND ANDERE: E-VOTING MORATORIUM

Ein parteiübergreifendes Initiativkomitee lanciert eine Initiative für eine "sichere und vertrauenswürdige Demokratie", die Antragstellenden fordern die SP Schweiz auf, diese Initiative zu unterstützen, jedoch keine Unterschriften zu versprechen.

##### Begründung

Die Bundeskanzlei, viele Kantone und damit auch viele Parlamentarier\_innen wollen in der Schweiz so bald wie möglich den regulären und flächendeckenden Einsatz von E-Voting durchsetzen. Dagegen regt sich nun Widerstand: Eine parteiübergreifende Allianz möchte die Initiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)» lancieren. Auch die JUSO Schweiz hat sich dieser Allianz angeschlossen, ebenso die Grünen und viele linke Digital-Aktivist\_innen.

Der potentielle Vertrauensverlust in unsere demokratischen Institutionen, der durch die Nutzung von E-Voting-Infrastrukturen droht, kann die wenigen Vorteile, die ins Felde geführt werden, nicht aufwiegen. Es ist derzeit nicht absehbar, dass die E-Voting-Systeme so gebaut werden können, dass die Resultate von Abstimmungen nicht in Frage gestellt werden können. Kommt dazu, dass die vorgesehene Lösung zwar als Lösung der Schweizerischen Post verkauft wird, aber letztendlich mit einer von kommerziellen Interessen geleiteten internationalen Kapitalgesellschaft entwickelt wird. Wir würden dadurch die Infrastruktur unserer Demokratie in die Abhängigkeit der Profit-Interessen des internationalen Grosskapitals legen. Jede Stimme zählt, würde dann in Zukunft wohl heissen: Jede Stimme zahlt.

Deshalb ist es für die SP sinnvoll, diese Initiative zu unterstützen, ohne fixe Quoten für dieses Anliegen zu übernehmen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung**<sup>7</sup>: Ablehnung.

**Begründung:** Dieser Antrag wurde bereits z.H. der DV vom 2. März 2019 in Goldau eingereicht. Die Geschäftsleitung empfahl damals, die Behandlung bis zu einem Entscheid des Bundesrates zur Vorlage zur flächendeckenden Einführung von E-Voting zu verschieben. Diese Vorlage befand sich damals in der Vernehmlassung. Für einen definitiven Beschluss über die Unterstützung der Volksinitiative für ein E-Voting-Moratorium war es deshalb zu früh. Zuerst sollte der Entscheid des Bundesrates zur Vorlage zur flächendeckenden Einführung

<sup>7</sup> Dieser Antrag bedarf gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

von E-Voting abgewartet werden. Danach könnten wir beurteilen, ob unsere Bedingungen erfüllt wurden oder ob eine Unterstützung der Volksinitiative notwendig wird. Die DV vom 2. März 2019 folgte dem Antrag der GL mit 61:55 Stimmen bei einer Enthaltung.

In der Vernehmlassung zur Vorlage des Bundesrates betonte die SP Schweiz, dass eine dauerhafte Einführung von E-Voting für uns nur in Frage kommt, wenn dies genügend sicher ist und mit einem ausschliesslich staatlichen System durchgeführt wird. Dafür braucht es wesentliche Verbesserungen bei Datensicherheit, Rolle des Staates, Zuverlässigkeit und Nachvollziehbarkeit des Stimmergebnisses. Am 27. Juni 2019 entschied der Bundesrat, diese Vorlage zu stoppen, da die meisten Parteien sich in der Vernehmlassung kritisch geäussert haben.

Damit konnten wir unser Ziel erreichen, eine unsichere flächendeckende Einführung von E-Voting mit einer zu schwachen Rolle des Staates zu verhindern. Eine Unterstützung der Volksinitiative ist für die Geschäftsleitung deshalb nicht mehr notwendig: Diese Initiative würde die Einführung von E-Voting auf lange Sicht vollständig verhindern, was aus Sicht der Geschäftsleitung v.a. mit Blick auf die Vorteile einer sicheren E-Votings für die demokratische Teilhabe von Auslandschweizer\_innen und Menschen mit Behinderungen bedauerlich wäre.

*Unterzeichnende: Sandro Covo (SP Aargau), Rolf Schmid (SP Aargau), Andreas Von Gunten (SP Aargau), Nadia Kuhn (JUSO), Lorena Stocker (JUSO), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Lewin Lempert (JUSO), Bertil Munk (JUSO), Camille Cantone (JUSO), Dario Engeloch (JUSO), Andrea Simonett (JUSO), Ronja Jansen (JUSO), Julia Baumgartner (JUSO)*

## **R-2A KRISTINA SCHÜPBACH UND ANDERE: KEINE HANDELSABKOMMEN OHNE WIRKSAMEN SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT!**

*Resolution zu den Handelsabkommen der Schweiz mit Indonesien und Mercosur (Gemeinsamer Markt Südamerikas)*

Die Schweiz steht kurz vor dem Abschluss von Handelsabkommen (WPA/FHA) mit Indonesien und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Die Abkommen haben grosse Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz und die Bevölkerung in den beteiligten Ländern. Die in den Abkommen vorgesehenen Zollsenkungen werden die Nachfrage nach Agrarrohstoffen, insbesondere nach Holz, Rindfleisch und Soja aus Südamerika und nach Palmöl aus Indonesien, weiter anheizen. Der Anbau dieser Produkte ist stark industrialisiert und ist verbunden mit gravierenden Verletzungen des Umweltschutzes und der Menschen- und Arbeitsrechte.

Das sogenannte Nachhaltigkeitsabkommen in den Handelsverträgen verpflichtet die Schweiz und die Partnerländer, Menschen- und Arbeitsrechte durchzusetzen und die Umwelt zu schützen. Das Problem ist: niemand kontrolliert, ob die Staaten diese Verpflichtungen auch einhalten und beispielsweise die Rechte von Indigenen und Kleinbäuer\*innen auch gegen die Interessen von internationalen Konzernen durchsetzen. Es sind zudem weder regelmässige öffentliche Berichte vorgesehen noch gibt es wirksame Sanktionsmöglichkeiten, wenn die Bestimmungen nicht eingehalten werden. Ohne griffige Kontrolle und Sanktionen sind die Nachhaltigkeitsbestimmungen aber nutzlos.

Zusätzlich zum Nachhaltigkeitskapitel werden im Abkommen mit Indonesien die Zollsenkungen beim Palmöl explizit an die Bedingung geknüpft, dass dieses nachhaltig produziert wird. Doch auch hier fehlen die Kontrollen. Der Bundesrat will in erster Linie auf bestehende Nachhaltigkeitslabels setzen. Doch diese halten oft nicht, was sie versprechen, da Kontrollsysteme und Sanktionsmechanismen nicht greifen.<sup>8</sup> Die Gefahr ist also gross, dass weiterhin Palmöl in die Schweiz gelangt, das nur auf dem Papier nachhaltig ist.

Wir wollen eine solidarische und ökologische Handelspolitik, welche die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Handelsverträge müssen der Verbesserung der sozialen Situation und der Ökologisierung dienen – in der Schweiz ebenso wie in den Partnerländern.

Umweltschutz und Menschenrechte dürfen nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Dazu braucht es mindestens verbindliche soziale und ökologische

---

<sup>8</sup> <https://www.publiceye.ch/de/mediencorner/medienmitteilungen/detail/nachhaltiges-palmoel-etikettenschwindel-mit-rspo-label>

Standards in allen Handelsabkommen, welche regelmässig kontrolliert und bei Verstössen sanktioniert werden.

Die Handelsabkommen mit Indonesien und Mercosur müssen sicherstellen, dass Produkte, die in die Schweiz eingeführt werden, nicht unter Umständen hergestellt wurden, die Menschenrechte oder Umweltschutz verletzen und die Menschen in den Partnerländern ärmer statt reicher machen. Die Handelsabkommen mit Indonesien und Mercosur erfüllen (soweit bereits bekannt) diese Anforderungen bei weitem nicht.

Vor diesem Hintergrund fordert die SP Schweiz:

- Ein verbindliches und transparentes Verfahren, um die Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards vor Ort zu kontrollieren. Ein solches Verfahren muss auch unabhängige wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Berichte einbeziehen.
- Ein Verfahren für die Ergreifung wirksamer Gegenmassnahmen, falls Verstösse festgestellt werden.
- Eine regelmässige öffentlich Rechenschaftspflicht über den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen, die Ergebnisse der Kontrollen und den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ergreift die SP Schweiz das Referendum gegen die Handelsabkommen mit Indonesien und Mercosur.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung der Resolution R-2a von Kristina Schüpbach und andere zugunsten der Resolution R-2b der Geschäftsleitung.

**Begründung:** vgl. Begründung unter R-2b.

*Unterzeichnende: Kristina Schüpbach (SP Bern), Anna Graff (SP Zürich), Natascha Wey (SP Frauen \* Schweiz), Martine Docourt (SP Frauen \* Schweiz), Marianne Grauwiler (SP Aargau), Beat Leuenberger (SP Aargau), Graziella Koch (SP Aargau), Ulrich Merz (SP Aargau), Adil Koller (SP Basel-Land), Patrizia Schmid Cech (SP Basel-Stadt), Moritz Weisskopf (SP Basel-Stadt), Monica Bühler-Pfändler (SP Basel-Stadt), Markus Christen (SP Basel-Stadt), Klara Stracuk El Shemerly (SP Basel-Stadt), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Andreas Berz (SP Bern), Maria Senn (SP Bern), Christoph Meier (SP Bern), Ronja Jansen (JUSO), Clément Bourgeois (JUSO), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Dario Engeloeh (JUSO), Sebastian Dissler (SP Luzern), Nina Schläfli (SP Thurgau), Barbara Kern (SP Thurgau), Silvano Castioni (SP Thurgau), Andreas Burger (SP Zürich / GL SPS), Heinz Looser (SP Zürich), Guolf Juvalta (SP Zürich), Sibylle Marti (SP Zürich), Simon Bock (SP Zürich), Diego Pichler (SP Zürich), Rafael Mörgeli (SP Zürich), Wolfgang Liedtke (SP Zürich), Benjamin Sourlier (SP Zürich), SP Kanton Waadt, SP Kanton Basel-Stadt, Benjamin Schlegel (SP Zürich), Ayse Turgul (SP Bern), Lena Sorg (SP Bern), Samira Marti (SP Basel-Land)*

## **R-2B GEGENRESOLUTION DER GESCHÄFTSLEITUNG: KEINE HANDELSABKOMMEN OHNE WIRKSAMEN SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT!**

Die Schweiz steht kurz vor dem Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), ein Partnerschaftsabkommen mit Indonesien kommt in der Wintersession 2019 in die Schlussabstimmung. Diese Handelsabkommen haben grosse Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz und die Bevölkerung in den beteiligten Ländern. Die vorgesehenen Zollsenkungen werden die Nachfrage nach Agrarrohstoffen, insbesondere nach Holz, Rindfleisch und Soja aus Südamerika und nach Palmöl aus Indonesien weiter anheizen. Der Anbau dieser Produkte ist stark industrialisiert und ist verbunden mit gravierenden Verletzungen des Umweltschutzes und der Menschen- und Arbeitsrechte.

Diese Handelsverträge enthalten Nachhaltigkeitskapitel, die die Schweiz und die Partnerländer verpflichten, Menschen- und Arbeitsrechte zu achten und die Umwelt zu schützen. Das Problem ist: oft ist die Kontrolle ungenügend, ob die Staaten diese Verpflichtungen auch einhalten und beispielsweise die Rechte von Indigenen und Kleinbäuer\*innen auch gegen die Interessen von internationalen Konzernen durchsetzen. Es sind zudem weder regelmässige öffentliche Berichte vorgesehen noch gibt es Sanktionsmöglichkeiten, wenn die Bestimmungen nicht eingehalten werden. Ohne griffige Kontrolle und Sanktionen sind die Nachhaltigkeitsbestimmungen aber nur beschränkt wirksam.

Beim Indonesienabkommen gibt es nun aber erste Fortschritte. Zusätzlich zum Nachhaltigkeitskapitel werden die Zollsenkungen beim Palmöl explizit an die Bedingung geknüpft, dass dieses nachhaltig produziert wird. Dieses Zugeständnis ist neu und bildet ein erstes Entgegenkommen an langjährige Forderungen der SP. Bundesrat Parmelin sicherte in der Ständeratsdebatte zudem erstmals zu, eine Ausführungsverordnung zu erlassen und darin zu regeln, wie die Nachhaltigkeit an der Grenze überprüft wird. Unbefriedigend bleibt, dass der Bundesrat auf Nachhaltigkeitslabel der Branche setzen will. Denn diese halten oft nicht, was sie versprechen. Zudem fehlen Sanktionsmechanismen.<sup>9</sup> Es bleibt unklar, ob weiterhin Palmöl in die Schweiz gelangt, das nur auf dem Papier nachhaltig ist.

Wir wollen eine solidarische und ökologische Handelspolitik, welche die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Handelsverträge müssen der Verbesserung der sozialen Situation und der Ökologisierung dienen – in der Schweiz ebenso wie in den Partnerländern.

Umweltschutz und Menschenrechte dürfen nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Dazu braucht es verbindliche und ehrgeizige soziale und

---

<sup>9</sup> <https://www.publiceye.ch/de/mediencorner/medienmitteilungen/detail/nachhaltiges-palmoel-etikettenschwindel-mit-rspo-label>

ökologische Standards in allen Handelsabkommen, welche regelmässig kontrolliert und bei Verstössen sanktioniert werden.

Die Handelsabkommen mit Indonesien und Mercosur müssen sicherstellen, dass Produkte, die in die Schweiz eingeführt werden, nicht unter Umständen hergestellt wurden, die Menschenrechte oder Umweltschutz verletzen und die Menschen in den Partnerländern ärmer statt reicher machen. Namentlich das Handelsabkommen mit Mercosur erfüllt (soweit bereits bekannt) diese Anforderungen bei weitem nicht.

Hingegen ist das Indonesien-Abkommen das bisher fortschrittlichste Freihandelsabkommen in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit, da dank dem Druck der SP erstmals Standards für nachhaltiges Palmöl in einem FHA aufgenommen wurden und es erstmals eine Umsetzungsverordnung für die Kontrolle an der Grenze geben wird. Darum wird die SP mit aller Vehemenz darauf pochen, dass die Nachhaltigkeitsvorschriften konsequent umgesetzt und eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund fordert die SP Schweiz:

- Ein verbindliches und transparentes Verfahren, um die Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards vor Ort zu kontrollieren. Ein solches Verfahren muss auch unabhängige wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Berichte einbeziehen.
- Ein Verfahren für die Ergreifung wirksamer Gegenmassnahmen, falls Verstösse festgestellt werden.
- Eine regelmässige öffentliche Rechenschaftspflicht über den Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsbestimmungen, die Ergebnisse der Kontrollen und den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern.

Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt sind, wird die SP Schweiz das Referendum gegen das Handelsabkommen mit Mercosur ergreifen.<sup>10</sup>

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme der Gegenresolution der Geschäftsleitung im Sinne eines Gegenvorschlages.

**Begründung:** Die Resolution von Kristina Schüpbach usw. droht mit der Ergreifung des Referendums sowohl gegen das Indonesien-Abkommen als auch gegen das Mercosur-Abkommen. Die Gegenresolution der Geschäftsleitung droht das Referendum allein gegen das Mercosur-Abkommen an. Dies aus folgenden Motiven:

1. **Beim Indonesien-Abkommen kommt die Drohung mit dem Referendum zu spät.** Ein Alleingang der SP ist wenig sinnvoll. Das Indonesien-Abkommen kommt bereits am 20. Dezember 2019 in die Schlussabstimmung beider Räte. Unsere Forderung nach einer Umsetzungsverordnung wird erfüllt. Gleichzeitig ist von den möglichen Bündnispartnern niemand bereit, das Referendum zu ergreifen. Die NGO, die in der Palmöl-Koalition zusammenarbeiten, haben die Ergreifung des Referendums explizit abgelehnt. Die SP

<sup>10</sup> Dieser Antrag bedarf dann gemäss Statuten Art. 16, Abs. 5 eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.



wäre mit diesem Referendum weitgehend allein. Das hängt auch damit zusammen, dass es sich hier um das bisher fortschrittlichste Freihandelsabkommen in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit handelt, da erstmals Standards für nachhaltiges Palmöl in einem FHA aufgenommen wurden. Palmöl soll dabei nur dann mit reduzierten Zolltarifen eingeführt werden können, wenn es den definierten Standards entspricht, in gesonderten Containern verschifft wird und damit im Hinblick auf die Herkunft überprüft werden kann. Zudem wird ebenfalls zum ersten Mal eine Umsetzungsverordnung die Kontrollen an der Grenze regeln, damit sichergestellt ist, dass allein nachhaltig produziertes Palmöl in die Schweiz gelangt. Die SP wird weiterhin Druck auf eine möglichst konsequente Umsetzung und Einhaltung des Nachhaltigkeitskapitels machen. Mit einem Referendum wäre nichts erreicht, wir wären auf den Status quo zurückgeworfen.

2. **Die Referendums-Drohung gegen das Mercosur-Abkommen kann noch etwas bewirken:** Das Mercosur-Abkommen ist zwar auf technischer Ebene fertig verhandelt, aber bisher nicht unterzeichnet. Ob der Bundesrat dieses dem Parlament jemals zur Genehmigung vorlegen wird, ist unsicher, weil ein paralleles Mercosur-Abkommen der EU gegenwärtig durch Österreich, Irland, Frankreich und der Slowakei blockiert wird (auch wegen der Amazonas-Politik und der massiv angestiegenen Feuerrodungen unter der Präsidentschaft des ultrarechten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro). Die SP wird alles daran setzen, damit in einem allfälligen Genehmigungsbeschluss die drei in der Resolution erwähnten Bedingungen verankert und damit erfüllt werden. Ist dies nicht der Fall, so wird die GL der DV beantragen, das Referendum zu ergreifen.
3. **Ein Referendum gegen das Mercosur-Abkommen ist breiter abgestützt und hat weit mehr Chancen:** Soweit bisher bekannt ist, enthält das Mercosur-Abkommen deutlich weniger griffige Nachhaltigkeitsbestimmungen als das Indonesien-Abkommen. Zudem ist fraglich, ob es auch beim Mercosur-Abkommen eine Umsetzungsverordnung zur Überwachung der Nachhaltigkeitsbestimmungen an der Grenze geben wird. Deshalb dürfte ein Referendum gegen das Mercosur-Abkommen deutlich einfacher zu gewinnen sein als jenes gegen das Indonesien-Abkommen – dies auch mit Blick auf mögliche Bündnispartner. Die NGO, die in der Palmöl-Koalition zusammenarbeiten, haben die Ergreifung des Referendums explizit abgelehnt. Die SP wäre mit diesem Referendum weitgehend allein. Es macht wenig Sinn, gegen das Indonesien-Abkommen jetzt überstürzt und ohne starke Partner ein schlecht vorbereitetes Referendum zu lancieren. – Die Mercosur-Koalition hat demgegenüber bereits mehrfach signalisiert, dass sie bei einem Referendum mitmachen könnte. Konzentrieren wir also alle Kräfte auf die Bekämpfung des Mercosur-Abkommens.

## **R-3 MARTINE DOCOURT UND ANDERE: KLIMAPOLITIK: DIE SP MUSS GARANTIN FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT SEIN**

Die Klimaerhitzung braucht nicht mehr bewiesen zu werden. In unterschiedlichsten Szenarien zeichnen sich vielfältige Auswirkungen auf die Umwelt in der Schweiz und weltweit ab. Umwälzungen, die gebremst oder gestoppt werden können, wenn wir wirklich wirksame Massnahmen ergreifen, um die Gesamtbilanz der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken bzw. auf Netto Null zu reduzieren. Die Folgen der Klimaerhitzung sind schon jetzt für unsere Gesellschaft und Umwelt spürbar. Als Beispiele zu nennen sind extreme Wetterphänomene, Veränderungen der saisonalen Temperaturen und Bedrohungen für die Ökosysteme.

**Diese Auswirkungen machen die Klimaerhitzung zum drängendsten Thema unserer Zeit.**

Auch wenn die Klimaerhitzung auf den ersten Blick ein wissenschaftliches Phänomen zu sein scheint, das vor allem technische Antworten erfordert, zeigt sie in Wirklichkeit eine viel breitere Dynamik und betrifft den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich. Denn die Art, wie unser Produktionsapparat, unsere Lebensweise und unser Konsum organisiert sind, wirkt sich direkt auf das Klima aus.

Wenn wir darauf reagieren und die Schäden begrenzen wollen, solange dies noch möglich ist, müssen wir die Art und Weise überdenken, wie wir unterwegs sind, unsere Wohnungen heizen, konsumieren, uns ernähren und arbeiten.

**Um die Klimaerhitzung zu bekämpfen, müssen wir, die SP, konkrete Lösungen vorschlagen, um unsere CO<sub>2</sub>-Bilanz auf Netto Null zu senken, wir müssen aber auch dafür sorgen, dass diese Lösungen für die wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsgruppen tragbar und gerecht sind.** Denn genau diese Gruppen sind die ersten, welche die Zeche für die Zerstörung der Umwelt bezahlen müssen. Zudem muss das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen, damit die Kosten in erster Linie von den Hauptverantwortlichen getragen werden und nicht von der ganzen Bevölkerung. Unser Handeln muss deshalb darauf ausgerichtet sein, dass die Antworten auf den Klimawandel keine weitere Zunahme sozialer Ungleichheit bewirken.

**Die SP muss zur Garantin für soziale Gerechtigkeit in dieser Krise werden, die die politische Agenda der nächsten Jahre bestimmen wird.**

Während der Kampagne für die Parlamentswahlen konzentrierte sich die SP Schweiz vor allem auf die Elektrifizierung der Mobilität und den Finanzplatz. Mit dieser Resolution möchten wir die Reflexion weiterführen und den spezifischen Aspekt der sozialen Gerechtigkeit im Kontext des Klimawandels vertiefen. Wir fordern deshalb, dass für die Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2020 ein Positionspapier zu dieser Dimension erarbeitet wird, damit dieses innerhalb unserer Partei breit diskutiert werden kann.

Dieses Positionspapier soll folgende Punkte klar festhalten:

- **Die Ziele bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Fristen je nach aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen:** Die völlige Abkehr von den fossilen Trägern bis 2045 figuriert im Marshallplan. Eine neutrale Bilanz 2030 ist in der Charta des Klimastreiks aufgeführt. Deshalb ist es zentral, dass sich unsere Partei zu diesen Zielen klar positioniert, und vor allem, dass in unserer Partei eine echte demokratische Debatte stattfindet, um die Ziele festzulegen.
- **Die Massnahmen in der Schweiz und im Ausland, um diese Ziele zu erreichen, sowie die wichtigsten Instrumente für deren Umsetzung:** Im Marshallplan sind viele Massnahmen aufgeführt, doch in unserer Partei muss eine echte demokratische Debatte darüber stattfinden. Zudem ist der Plan nicht erschöpfend, es braucht zum Beispiel Aussagen zum öffentlichen Verkehr und dessen Zugänglichkeit (Preise und geografische Unterschiede) oder zur nachhaltigen Landwirtschaft, für die wir uns einsetzen wollen.
- **Eine Analyse der Auswirkungen der wichtigsten Mittel/Werkzeuge auf die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes, namentlich nach sozioökonomischem Status und geografischen Unterschieden.** Die SP Schweiz hat eine Studie zu einem Teil dieser Aspekte in Auftrag gegeben, nun geht es aber darum, diese allgemein zugänglich zu machen und zu vervollständigen.
- **Die wichtigsten Anpassungsmassnahmen und die wichtigsten Instrumente für deren Umsetzung:** Wir müssen Position beziehen, wie wir den Temperaturanstieg bekämpfen. Die Einsetzung von Hitzeplänen oder Anpassungen der Raumplanungs Vorschriften, um den öffentlichen Raum zu begrünen, oder auch Massnahmen, um die Arbeitnehmer\_innen bei diesem Übergang zu unterstützen.

**Das Positionspapier wird auch die ökonomischen und steuerlichen Modelle analysieren, die das Erreichen der festgelegten Ziele ermöglichen, und dabei grundsätzlich mitberücksichtigen, dass es kleine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit gibt.**

**Die Klimakrise, die unsere Gesellschaft erlebt, ist katastrophal. Sie bietet aber die Chance, unser Gesellschaftsmodell zu überdenken und so auf eine Gesellschaft hinzuwirken, die sozialer, solidarischer und gleichberechtigter ist. Werte, die als sozialdemokratische Werte Grundlage unseres Engagements sind.**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

*Unterzeichnende: Martine Docourt, Natascha Wey, Gina La Mantia, Mathilde Crevoisier, Elisabeth Clément-Arnold, Barbara Keller, Marilena Corti, Virginia Köpflí, Gisela Nyfeler, Min Li Marti*

## **R-4 NICOLA SIEGRIST UND ANDERE: AUF ZUM STRIKE FOR FUTURE!**

Im nächsten Jahr geht der Klimastreik den nächsten Schritt auf dem Weg zu konsequentem Klimaschutz: Am Freitag 15. Mai 2020 ruft die Bewegung zum «Strike for Future» auf. Damit soll die Bewegung verbreitert und explizit auch auf Arbeiter\*innen ausgeweitet werden. Ähnlich den «Scientists for Future» oder «Grandparents for Future» soll sich die arbeitende Bevölkerung in selbstständigen «Workers for Future»-Kollektiven und in anderen Strukturen auf tiefster Ebene organisieren. Der «Strike for Future» am 15. Mai orientiert sich am Frauen\*streik und soll ebenfalls ökonomischen Druck auf Politik & Wirtschaft ausüben.

Um dies zu erreichen, laufen Gespräche und Verhandlungen mit den Frauen\*streik-Kollektiven und mit Gewerkschaften, in den Regionen werden «Workers for Future»-Kollektive gebildet. Bereits Anfang November hat der VPOD Schweiz die offizielle Unterstützung des «Strike for Future» ausgesprochen.

Diese Arbeit ist essentiell, um die Kämpfe der Lohnabhängigen, die feministischen Kämpfe, den Kampf gegen die Klimakrise und für Klimagerechtigkeit zusammenzuführen. Die Klimakrise trifft nämlich die 99%, die Menschen im globalen Süden und Frauen überproportional, während das reichste eine Prozent aus der Umweltzerstörung Profite schlägt. Die Klimakrise hängt direkt mit der Art zusammen, wie die Wirtschaft heute funktioniert. Der Profitzwang, auf den Wachstumszwang folgt, und der innere Widerspruch des kapitalistischen Wirtschaftens, wonach immer mehr Bereiche der Welt 'verwirtschaftlicht' werden (Amazonas-Wald, weibliche Arbeitskraft), während gleichzeitig Kosten nach aussen abgeschoben werden müssen (unbezahlte Care-Arbeit, Klimazerstörung) machen Gesellschaft und Politik handlungsunfähig. Die Besitzenden profitieren zum einen direkt von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, zum anderen werden die Lohnabhängigen zur Umweltverschmutzung gezwungen. Mobilität zum Beispiel ist nur für ein paar Wenige ein Luxus, für die grosse Mehrheit der Arbeitenden aber ist sie eine Notwendigkeit. Während die Arbeitenden im Stau stehen, fliegen die Besitzenden um die Welt. Die Klimakatastrophe wird jene treffen, die sie nicht zu verantworten haben und die sie nicht verhindern können. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehen deshalb Hand in Hand.

Unterdessen hat die Klimastreik-Bewegung viele politische und organisatorische Erfahrungen gesammelt und sich eine wichtige Rolle auf der politischen Bühne gesichert. Das haben auch die letzten nationalen Wahlen gezeigt. Neben grossen Demonstrationen geht es vor allem auch um die Gründung neuer Kollektive und Gruppen auf tiefer Ebene, um möglichst viele Menschen miteinzubeziehen.

Die SP Schweiz hat sich früh hinter die Streikbewegung gestellt, und das war ein wichtiges Zeichen.

- In einem nächsten Schritt ruft sie deshalb zum «Strike for Future» am 15. Mai 2020 auf.

- Dies bedeutet auch, dass die SP Schweiz ihre Mitglieder aktiv dazu auffordert, solche Gruppen und Kollektive zu gründen oder sich ihnen anzuschliessen.

Darüber hinaus ist es auch wichtig, dass der Klimastreik von den Gewerkschaften klare Signale erhält, damit der «Strike for Future» möglichst viele Arbeiter\*innen mobilisieren und in einem gemeinsamen Kampf gegen die Klimakrise und ihre verheerenden Auswirkungen vereinen kann. Viele Parteimitglieder der SP sind ebenfalls Mitglied in einer Gewerkschaft.

- Die SP Schweiz unterstützt diese Mitglieder dabei, die Gewerkschaften zum aktiven Kampf gegen die Klimakrise aufzufordern.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

*Unterzeichnende: Nicola Siegrist (JUSO Schweiz), Ronja Jansen (JUSO Schweiz), Bertil Munk (JUSO Schweiz), Nadia Kuhn (JUSO Schweiz), Clément Borgeaud, (JUSO Schweiz), Lewin Lempert (JUSO Schweiz), Hannah Pfalzgraf (JUSO Schweiz), Dario Engeloeh (JUSO Schweiz), Andrea Simonett (JUSO Schweiz), Darius Boozarjomehri (JUSO Schweiz), Muriel Günter (JUSO Schweiz), Matthieu Béguelin, (SP Neuenburg).*

## **R-5 CLÉMENT BORGEAUD UND ANDERE: GEGEN DAS AN-TIDEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTSFORUM DAVOS**

Vom 21. bis 24. Januar findet das nächste alljährliche Weltwirtschaftsforum, besser bekannt unter dem Namen WEF Davos, statt. Die Mächtigen der Finanzwelt und der reichen Länder treffen sich jedes Jahr hier, um unter sich – und damit völlig antidemokratisch – über die Zukunft der Erde zu debattieren.

Die Schweiz begrüsst diesen Anlass mit offenen Armen und schickt Armee und Polizei hin, um eine ungestörte Durchführung des Forums zu gewährleisten. Die Kosten für den Armeeeinsatz belaufen sich auf rund 32 Millionen Franken. Der Bund, der Kanton Graubünden und die Gemeinde Davos leisten zusätzlich einen Betrag von über 6.5 Millionen<sup>11</sup>.

Das Forum sagt von sich, dass es zur Verbesserung der Welt beitrage. Wir wissen jedoch genau, dass es sich vor allem um ein Stelldichein einiger sehr mächtiger Akteure aus Wirtschaft und Politik der ganzen Welt handelt. Das WEF verkörpert den aktuellen Kapitalismus und Imperialismus, den die Linke und die SP kritisieren und bekämpfen müssen.

Die grossen Bewegungen der Globalisierungsgegner vor 20 Jahren wurden lange Zeit als überholt beurteilt, und das WEF selbst hat behauptet, es wolle sich modernisieren und für soziale Fragen öffnen. Lassen wir uns nicht hinters Licht führen: Während die Konzentration des Reichtums und die Umweltkrisen sich weiter verschärfen, war die Mobilisation auf der Strasse in der Schweiz dieses Jahr eine der stärksten seit langem. Überall auf der Welt mobilisieren sich die Massen, um die weltweite Untätigkeit in Sachen Umweltschutz, Verantwortung der Grosskonzerne und internationale Solidarität anzuprangern.

Wir wissen, dass solche Krisen nicht durch eine Handvoll Welteliten gelöst werden können, die selber von der Ausbeutung des Planeten und seiner Bevölkerung profitieren. Wir müssen klar aufzeigen, dass wir solche Veranstaltungen verurteilen, und dass wir die Wirtschaftsdemokratie als einzig gangbaren Weg fordern, um aus den vielfältigen Krisen herauszufinden, mit denen die Welt konfrontiert ist. Wir brauchen kein sogenanntes Schaufenster auf die Schweiz: wir brauchen eine Änderung des globalen Systems. Wir machen nicht mit beim Zynismus Tausender von Geschäftsleuten, die behaupten, den Planeten zu retten, wenn sie mit ihren Tausenden von Privatjets in die Schweiz fliegen.

---

<sup>11</sup> Zahlen aus der [Interpellation 18.4177](#) von Silva Semadeni (SP).

Die SP Schweiz:

- nimmt deshalb Stellung gegen die Durchführung des Wirtschaftsforums Davos und unterstützt die Kundgebungen, die dagegen organisiert werden.
- empfiehlt ihren Mitgliedern ungeachtet ihres Wahlamts dringend, nicht daran teilzunehmen.
- verstärkt ihr Engagement für demokratische Formen der transnationalen Beschlussfassung.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Die SP teilt die Meinung, dass das WEF keinen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Probleme dieser Welt beitragen kann. Klimapolitisch ist die Bilanz dieser Veranstaltung eine Katastrophe. Das WEF sollte deshalb endlich als private Veranstaltung deklariert werden und alle Kosten für die Durchführung selber tragen. Die GL ist aber der Ansicht, dass die SP sowohl von innen als auch von aussen mit Partner-Organisationen (Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, NGO, etc.) Druck auf das WEF machen sollte, um eine andere Sicht der Dinge und der Welt zum Ausdruck zu bringen und sich dafür einzusetzen. Einen Boykott-Aufruf wie in der vorliegenden Resolution vorgeschlagen, erachtet die GL nicht als zweckmässig. Genauso wie die GL die ursprüngliche Verweigerung des Zutritts für die WOZ (Wochenzeitung) als undemokratisch kritisiert hat, möchte sie auch nicht einen Boykottaufruf an die eigenen Mitglieder unterstützen.

*Unterzeichnende: Clément Borgeaud (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Carole Sierro (PSVR), Barbara Lanthemann (PSVR), Sarah Gillioz (PSVR), Yusuf Kumliye (PS Vaud), Matthieu Béguelin (PS Neuchâtel), Lukas Horrer (SP Graubünden), Eva Gut (SP Zürich), Ronja Jansen (JUSO), Dario Engeloeh (JUSO), Andrea Simonett (JUSO), Nadia Kuhn (JUSO), Hannah Pfalzgraf (JUSO), Camille Cantone (JUSO), Muriel Günther (JUSO), Nicola Siegrist (JUSO).*

## NEUWAHL PRÄSIDIUM FACHKOMMISSION SOZIALE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

Silvia Schenker gibt mit ihrem Rücktritt aus dem Nationalrat das Präsidium der Fachkommission soziale Sicherheit und Gesundheit ab. Für den freiwerdenden Sitz stellt sich Yvonne Feri zur Wahl.

### Lebenslauf Yvonne Feri

Name und Adresse	FERI Yvonne, Wettingen AG <a href="mailto:yvonne.feri@bluewin.ch">yvonne.feri@bluewin.ch</a>
Geburtsdatum	21. März 1966
Zivilstand	nicht verheiratet, 2 Kinder (Jahrgang 91 und 93), alleine erzogen



### Politische Tätigkeiten

Seit 5.12.2011	Nationalrätin / <i>Mitglied SGK (Soziales und Gesundheit) und GPK (Geschäftsprüfung)</i>
Seit 12.4.2016	Präsidentin Kinderschutz Schweiz
Seit 29.11.2018	Mitglied Stiftungsrat Santé Sexuelle Schweiz
Seit 1.5.2017	Beirätin des Vereins Hunger Projekt
Seit 1.4.2017	Beirätin im Förderverein für Kinder mit seltenen Krankheiten
Seit 18.1.2017	Beirätin des Vereins Kometian
Seit 9.4.2016	Beirätin des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte
Seit 12.5.2015	Präsidentin des Vereins für soziale Gerechtigkeit
Seit 2013	Mitglied Matronatskomitee UFS Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht

### Abgeschlossen

1.1.2006 – 31.12.2016	Gemeinderätin Wettingen, Ressort Soziales und Familie (Exekutive) In dieser Funktion unter anderem Mitglied des Vorstandes Spitex Wettingen, Mitglied Heimkommission Regionales Pflegezentrum Baden
2012 – 2016	Präsidentin SP Frauen Schweiz
1998 – 2008	Grossrätin Kanton Aargau (Kantonsparlament)



2008 – 2012	Präsidentin SP Bezirk Baden
2005 - 2009	GL-Mitglied der SP Aargau
2001 – 2005	Einwohnerrätin Wettingen (Gemeindeparlament)
2002 - 2006	Stiftungsrätin Frauenhaus Aargau, Präsidentin 2003-2006

### **Berufliche Tätigkeiten**

Seit 1.1.2017	Inhaberin <b>FERI</b> Mit-Wirkung
1.2.2012 – 30.6.2012	Stabsstelle beim Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband Zürich
01.10.2007 – 31.1.2012	Geschäftsführerin Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband Zürich
01.01.2007 – 30.09.2007	Geschäftsleiterin TERRE DES FEMMES Schweiz
November/Dezember	berufliche Pause
1.1.2006 – 31.10.2006	Mitarbeiterin Bereich Finanzen, Unia Region Zürich-Schaffhausen
1.1.2005 – 31.12.2005	Leiterin Support/Finanzen/Rechtsdienst Unia Sektion Zürich, Mitglied der GL
01.9.2003 – 31.12.2004	Leiterin Finanzen/Administration GBI, Sektion Zürich Meilen Glattal

**Weitere Tätigkeiten und Informationen unter:** [www.yvonneferi.ch](http://www.yvonneferi.ch) und [www.feri-mit-wirkung.ch](http://www.feri-mit-wirkung.ch)

<b>Empfehlung der Geschäftsleitung:</b> Wahl von Yvonne Feri.
---

# GRÜNDUNG FACHKOMMISSION «NETZ- UND DATENPOLITIK»

## Antrag

Es wird eine Fachkommission «Netz- und Datenpolitik» gegründet mit einem Co-Präsidium bestehend aus Min Li Marti (Nationalrätin, RK) und Andreas Burger (GL SP Schweiz).

## Ausgangslage

Die Thematik Netz- und Datenpolitik ist von grosser Wichtigkeit, hat aber in Fraktion und Partei aktuell nicht die nötige institutionelle Verankerung. Verschiedene Parteimitglieder vermissen etwa einen guten Zugang zur Fraktion. Zudem haben sich auch schon interessierte Personen gemeldet, die sich in eine netzpolitische Diskussion einbringen möchten.

In netzpolitischen Fragen ist die SP in der Öffentlichkeit wenig präsent, in gewissen Fragen sind die Positionen nicht immer klar erkennbar (z.B. E-Voting, Open Government Data). In interessierten Kreisen sind Grüne und GLP präsenter, obwohl in diesen Kreisen sozialdemokratische Politik durchaus anschlussfähig wäre. Über die Netzpolitik hinaus gibt es viele weitere Fragen der Digitalisierung (da es sich um ein ausgesprochenes Querschnittsthema handelt), die sozialdemokratische Politik betreffen (z.B. Zukunft der Arbeit, Cyber-Security, Cyber-Defence, Datenschutz, Elektronisches Patientendossier, Autonomes Fahren, etc.). Bei all diesen Themen ist eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den jeweiligen Fachkommissionen und SP-Delegationen in der Fraktion einzuhalten.

Aus diesem Grund soll mit Fachleuten aus der Partei neu eine Fachkommission mit offiziellem Status und Auftrag der Parteigremien eingesetzt werden, die solche Themen zuhanden der Partei und Fraktion bearbeitet. Dies immer in Rücksprache und Zusammenarbeit mit den anderen Fachkommissionen und den SP-Delegationen in den jeweils zuständigen Legislativkommissionen.

## Ziele

- Stärkung der Digitalkompetenz der SP
- Klärung von offenen Punkten und kontroversen Themen
- Erarbeitung oder Mitwirkung bei der Festlegung von Positionen und politischen Vorschlägen zu Digitalisierungsthemen in Zusammenarbeit mit der Fraktion
- Vernetzung und Austausch von Fachpersonen innerhalb der Partei
- Positionierung der SP als Digitalisierungspartei, Gewinnen von Mitgliedern / SympathisantInnen aus dem IT-/Startup-Kuchen

## Struktur und Gefässe

- Nicht alle dieser Ziele können mit dem Instrument einer klassischen Fachkommission erreicht werden. Wir schlagen daher verschiedene Gefässe vor, die unter dem Dach einer Fachkommission gebündelt werden.
- ExpertInnen-Pool: Die Mitglieder dieses Pools stehen Fraktion, Delegationen, Präsidium und Geschäftsleitung sowie den Fachkommissionen bei Bedarf für Inputs, Mitarbeit bei Vernehmlassungen und Positionspapieren zur Verfügung. Der Pool besteht aus den bisherigen Mitgliedern der Expertengruppe Internet und weiteren Fachleuten.
- #teamhuman: Soll als halböffentliche Veranstaltungs- und Diskussionsgruppe agieren mit Labcharakter, offen für alle Interessierten. Vorgesehenes Co-Präsidium: Min Li Marti und Hannes Gassert.
- Fachkommission: Diese bündelt die netzpolitischen Aktivitäten und sorgt für eine Anbindung an die Fraktion. Sie kann auf Auftrag von Fraktion oder Präsidium Positionspapier erarbeiten oder bei deren Erstellung einbezogen werden, immer in Abstimmung mit den anderen interessierten Gruppen.  
Mitglieder aus der Fraktion: Edith Graf-Litscher, Samuel Bendahan. Mitglieder für die FK werden zusätzlich gesucht und ausgeschrieben, auf eine ausgewogene Zusammensetzung der Geschlechter und der Sprachregionen wird geachtet. Seitens Sekretariats soll die FK von den Fachsekretär\_innen betreut werden, die für die WBK und die RK zuständig sind. Vorgesehen sind 1-2 Sitzungen pro Jahr während der Session.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Gründung einer Fachkommission «Netz- und Datenpolitik» mit dem Co-Präsidium bestehend aus Min Li Marti und Andreas Burger.

## Lebenslauf Andreas Burger

### Zur Person

Wohnhaft in Zürich an der Stampfenbachstrasse 32

Geboren am 12.4.1969 in Zürich

Aufgewachsen in Zürich 2, jetzt wohnhaft in Zürich 6

Übliche Schulen in Zürich

Ausbildung zum Physiklaboranten an der ETH Zürich

Jetzt beruflich tätig als Informatiker an der ETH Zürich

Lehrlingsausbildner (Informatiker)



### Ein paar Angaben zur Historie

1988	Beitritt SP
1988	Beitritt JuSo
1990 - 1995	Vorstand SAJV (Dachverband der Jugendorganisationen), portiert durch die JuSo ua verantwortlich für die erste Jugendsession 1991
1990 - 2000	PV SP Kanton Zürich zunächst für JuSo, später für Bezirk Zürich
1991 - 2002	Vorstand SP Zürich 6
1994 - 2002	Co-Präsidium SP Zürich 6
2006 - 2012	Vorstand SP Zürich 6
2010 - 2012	PV SP Stadt Zürich
2012-	GL SP Kanton Zürich
2018	GL SP Schweiz

Und natürlich über die Jahre diverse Wahlkampfkommissionen, E-Campaigning-Initiativen, Gewerkschaftsarbeit, etc.

## Lebenslauf Min Li Marti

Geboren am 1. Juni 1974 in Bern,  
aufgewachsen in Olten.  
Seit 1995 wohnhaft in Zürich,  
seit 2018 Mutter einer Tochter.



## POLITIK

Seit 2015 für die SP Kanton Zürich im Nationalrat. Zuerst Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, seit 2018 Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Seit rund drei Jahren Mitglied der Geschäftsleitung der SP Frauen\*. Von 2002 bis 2015 war ich Mitglied des Zürcher Gemeinderats, von 2009-2015 Fraktionspräsidentin.

## BERUF

Seit Februar 2015 bin ich Verlegerin und Chefredaktorin der linken Wochenzeitung P.S. Während des Studiums war ich unter anderem Kolumnistin bei 20 Minuten und Online-Redaktorin bei bluewin.

Nach dem Studium heuerte ich bei der SP Kanton Zürich an, landete über einen Abstecher beim Film, als Kampagnenleiterin beim vpod, leitete zusammen mit Andrea Sprecher die Kampagnenabteilung und die Nationalratswahlen 2011 der SP Schweiz und war danach bei zwei Kommunikationsagenturen tätig.

## AUSBILDUNG

2000 habe ich mein Studium in Soziologie, Publizistikwissenschaft und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte mit dem Lizentiat abgeschlossen. Danach habe ich beim SPRI ein CAS in Unternehmenskommunikation gemacht und mich bei Focal zum Thema Drehbuchschreiben weitergebildet. Zudem absolvierte ich einen Weiterbildungskurs an der ZHAW in Leadership und Change Management.

## NEUWAHL PRÄSIDIUM FINANZKOMMISSION

Für die Vakanz in der Finanzkommission der SP Schweiz stellt sich Chris Nestel zur Wahl.

### Lebenslauf Chris Nestel

Elisabethenstrasse 5, 8004 Zürich,  
079 503 65 76, chris.nestel@bluewin.ch

Interessen:

Literatur/Kunst, Politik, Kochen, Essen, Reisen, Kino



### Politik

2014 - heute	Finanzdelegierter (GL-Mitglied) SP Stadt Zürich Ressort-Verantwortung: Finanzen / Personalausschuss / Schule Revisor: Kasse GR-Fraktion Co-Revisor Genossenschaft «Zum guten Menschen»
2005 - heute	Mitglied im Vorstand der SP4 (davon seit 2011 als Kassier)
2005 - heute	Delegierter SP Kanton
2005 - 2014	Delegierter SP Stadt Zürich
2003 - 2009	Schulpolitische Kommission SP Stadt + Vertretung der Kommission im Vorstand der SP Stadt
2002 - 2014	Mitglied der Kreisschulpflege Zürich Limmattal davon 10 Jahre als Vizepräsident + Präsident der SP Fraktion
2001 - heute	Mitglied der SP Sektion Zürich 4

### Berufserfahrung

2010 -	Limmat Wealth AG, Zürich
1994 - 2010	Bank Oppenheim, Zürich
1988 - 1994	BSI Banca della Svizzera Italiana, Zürich (davon 1990/91 in London)
1987 - 1988	Reise durch diverse Länder Lateinamerikas
1985 - 1987	Zürcher Kantonalbank

### Bildung

1997 - 1998	Swiss Training Center For Investment Professionals (AZEK)
1990	Cambridge University
1982 - 1985	KV Zurich Business School Banklehre bei Zürcher Kantonalbank
1979 - 1982	Freie Katholische Sekundarschule Zürich
1973 - 1979	Primarschule Zürich - Grünau

### Mitgliedschaften

Genossenschaft «Wirtschaft zum guten Menschen»  
Volkshausverein, Erklärung von Bern, Mieterverband Zürich  
Bankpersonal Verband, Kaufmännischer Verband  
mediCuba Schweiz

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Wahl von Chris Nestel.